



„Bürgerschaftliches Engagement – Vernetzung und Qualifizierung“

Dokumentation der Veranstaltung

am 7. Februar 2003 im Bielefelder Neuen Rathaus

Impressum

Diese Dokumentation entstand im Rahmen der Veranstaltung „Bürgerschaftliches Engagement – Vernetzung und Qualifizierung“, die von dem Projekt KEBE „Kompetenzentwicklung für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation“ am 7. Februar 2003 in Bielefeld durchgeführt wurde.

KEBE ist eine Zukunftsinitiative des Modellprojektes RegioNet OWL und Kurzform von Kompetenzentwicklung für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation. Das Modellprojekt wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Europäischen Sozialfonds. Koordinator des Projektes KEBE ist das Paritätische Bildungswerk NRW.

KEBE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Projektes KEBE übereinstimmen.

Inhaltsverzeichnis	Seite
<ul style="list-style-type: none"> ● Begrüßung und Einleitung 	2
<i>Fritz Heinecke, Paritätisches Bildungswerk NRW</i>	
<ul style="list-style-type: none"> ● Kurzer Einblick in das Modellprojekt 	3
<i>Frank Beyer, RegioNet OWL</i>	
<ul style="list-style-type: none"> ● Beteiligungsmöglichkeiten schaffen: Handlungsempfehlungen und politische Forderungen der Enquete – Kommission Bürgerschaftliches Engagement des Bundestages 	5
<i>Prof. Dr. Adalbert Evers, Sachverständiger der Enquete – Kommission, Uni Gießen</i>	
<ul style="list-style-type: none"> ● Netzwerkarbeit als innovative Strategie bürgerschaftlichen Engagements 	16
<i>Prof. Dr. Veronika Fischer, Fachhochschule Düsseldorf</i>	
<ul style="list-style-type: none"> ● Vernetzungsstrategien von Weiterbildungseinrichtungen: exemplarische Erfahrungsberichte 	28
<i>Karin Freese, GesundheitsAkademie e.V.</i>	
<ul style="list-style-type: none"> ● KEBE –Kompetenz-Entwicklung für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation – ein regionales Modellprojekt stellt sich vor 	35
<i>Günter Hölling, GesundheitsAkademie e.V.</i>	

Begrüßung und Einleitung

Fritz Heinecke

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und KollegInnen,

ich darf Sie hier zu der Veranstaltung von KEBE „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements – Vernetzung und Qualifizierung“ ganz herzlich begrüßen.

Mein Name ist Fritz Heinecke. Ich werde Sie heute durch den Tag begleiten und die Moderation übernehmen.

Ich bin hauptamtlich im Paritätischen Bildungswerkes NRW beschäftigt; das ist eine Weiterbildungseinrichtung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Für den Paritätischen und die anderen Wohlfahrtsverbände ist ehrenamtliches Engagement ein Thema, mit dem sie sich „schon immer“ beschäftigt haben. Ich arbeite als „Weiterbildungsmensch“ in dem Projekt KEBE „Kompetenzentwicklung für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation mit.

KEBE ist eine von 5 Zukunftsinitiativen des Modellprojektes RegioNet OWL. Dieses Modellprojekt wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und vom Europäischen Sozialfonds.

KEBE hat sich in seinem Projekt zwei Schwerpunkte gesetzt. Zum einen möchten wir in Kooperation mit unterschiedlichen Akteuren, Qualifizierungsmodule für freiwillig Engagierte entwickeln und erproben. Zum anderen streben wir eine Vernetzung bereits bestehender Qualifizierungsangebote und anderer Aktivitäten aus dem Bereich bürgerschaftlichen Engagements an.

Mit dieser Veranstaltung möchte KEBE Sie dazu einladen, gemeinsam mit uns über Strategien zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagements zu diskutieren und sich mit uns Gedanken zur Entwicklung eines Kompetenz – Netzes und Qualifizierungsangebotes zu machen.

Beginnen möchten wir die Veranstaltung mit dem Projektleiter von RegioNet OWL, Frank Beyer, der Ihnen RegioNet OWL vorstellen und einen Einblick in das Projekt geben wird.

Im Anschluss daran wird Prof. Dr. Adalbert Evers von der Universität Gießen, Sachverständiger der Enquete – Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ die Ergebnisse des Enquete – Berichtes vorstellen. In seinem Vortrag wird er u. a. auf Strategien zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement eingehen und sich insbesondere dem Thema „Qualifizierung von freiwillig Engagierten“ widmen.

Prof. Dr. Veronika Fischer von der Fachhochschule Düsseldorf wird anschließend über den Sinn und Zweck von Netzwerkarbeit berichten sowie Anforderungen und Rahmenbedingungen aufzeigen, die es bedarf ein Netzwerk nachhaltig zu etablieren.

Karin Freese, Mitarbeiterin des Projektes KEBE, wird daraufhin in ihrem Vortrag über bereits existierende Qualifizierungsverbände und deren Strategien und Erfolge aber auch Rückschlüsse berichten, vor dem Hintergrund Impulse und Anregungen zu liefern, auch hier in der Region ein Kompetenz – Netz zu initiieren.

Nachfolgend wird Günter Hölling, Mitarbeiter der GesundheitsAkademie e. V. und des Projektes KEBE, unser Projekt mit seinen Ideen, Gedanken und Zielen vorstellen.

Abschließend möchten wir Sie dazu einladen, über Entwicklungen und Perspektiven nachhaltiger Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote für Bürgerschaftliches Engagement in OWL zu diskutieren.

Kurzer Einblick in das Modellprojekt

Frank Beyer

Als mich Herr Hölling bat, anlässlich des Projektbeginns von KEBE den Gesamtrahmen von RegioNet OWL „*kurz*“ zu erläutern musste ich schmunzeln. Denn die Aufgabe, die er mir damit gestellt hatte, ist nicht ganz einfach: Kurz, prägnant und übersichtlich über eines der größten Bildungsprojekte zu berichten, das derzeit im Rahmen der Initiative „*Lernende Regionen*“ in der Bundesrepublik läuft!

Seit ca. zwei Jahren laufen die Planungen für die Initiierung dieses Netzwerkes in Ostwestfalen-Lippe, das sich mit der **Verbesserung des Bildungsangebotes** sowie der **Verbesserung der Zugänglichkeit zu Bildung** beschäftigt. Kontinuierliche Bildung und lebenslanges Lernen sind die Themen, über deren Wichtigkeit allgemeiner Konsens besteht. Die Zeiten, in denen das einmalig erlernte ein Leben lang nur noch angewendet wurde, sind vorbei. Dazu ändern sich die Bedingungen in unserer Gesellschaft zu schnell. Um es etwas salopp auszudrücken: Wer heutzutage am Ball bleiben will, muss sich mit dem Lebenslangen Lernen auseinandersetzen. U.a. die PISA-Studie hat uns gezeigt, dass damit in Deutschland allerdings nicht alles zum besten steht.

Bildung ist zu sehr abhängig von sozialer Herkunft
Bildung macht zu wenig Spaß
Bildung setzt zu spät oder falsch an
Bildung erreicht nicht die sog. „bildungsfernen Gruppen“

Das sind Punkte, die RegioNet OWL ändern will.

RegioNet will die regionale Bildungsinfrastruktur stärken
RegioNet will die Verzahnung zwischen einzelnen Bildungsbereichen verbessern
RegioNet will die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen in der Region erhöhen
RegioNet will letztendlich einen Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels unserer Gesellschaft leisten

Dies sind übergeordnete Ziele, die aber auf der nächsten Ebene schon konkretisiert werden können.

So haben sich in der Planungsphase von RegioNet seit 2001 5 Hauptthemen, sog. **Zukunftsinitiativen im Bildungsbereich** heraus kristallisiert, für deren Umsetzung 12 ProjektpartnerInnen federführend verantwortlich sind. Diese fünf Zukunftsinitiativen widmen sich den Feldern

Arbeitsmarkt
Berufsorientierung
der Sprachförderung als Voraussetzung für soziale Integration
dem Bürgerschaftlichen Engagement
sowie der Medienbildung.

Die federführenden Projektpartner der erwähnten Zukunftsinitiativen arbeiten ihrerseits mit zahlreichen sog. „Subnetzen“ in der Erreichung der gesteckten Ziele zusammen.

Im Fall der Zukunftsinitiative „Partizipation und BürgerInnen-Engagement“ beispielsweise sind 9 weitere Projektpartner eingebunden:

die GesundheitsAkademie e.V.,
Arbeit und Leben e.V.,
das Umweltzentrum e.V.

BIKIS/LIKIS.

Frauen fördern Frauen e.V.,
der Gesundheitsladen e.V.,
die Stadtbibliothek,
und die Universität Bielefeld

Würde man alle Subnetzpartner der Zukunftsinitiativen aufzählen wollen, käme man auf etwa 150 ProjektpartnerInnen, die in die Gesamtinitiative RegioNet OWL eingebunden sind. Und diese PartnerInnen, die aus ihrer tagtäglichen Praxis der Aus- und Weiterbildung, der Qualifizierung und des sozialen Engagements ganz genau wissen, wovon sie sprechen und wo etwas getan werden muss, haben sich im Bildungsnetzwerk RegioNet OWL zusammengeschlossen.

Solch ein umfangreiches Netzwerk bedarf auch einer gewissen Koordination, deren Aufgabe darin liegt, die Kommunikation und Kooperation innerhalb des Netzwerkes zu sichern. Qualitätssicherung, Gender Mainstreaming, Dokumentation und Informationstransfer sind als weitere Aufgaben zu nennen.

Auch der Kontakt zum übergeordneten Projektträger in Bonn ist durch das Projektbüro zu pflegen. Zur Bewältigung dieser vielfältigen Aufgaben stehen zwei Projektbüros bereit, eines beim Kreis Lippe in Detmold und eines beim Bildungswerk der ostwestfälisch-lippischen Wirtschaft in Bielefeld.

Gefördert wird die Initiative „Lernende Regionen“ aus Mitteln des **Bundesministeriums für Bildung und Forschung** sowie aus Mitteln der **Europäischen Union, des Europäischen Sozialfonds**. Die Förderung erstreckt sich bis Mitte 2006. Bis dahin muss sich herausstellen, ob die gesetzten Ziele erreicht werden konnten und wieweit sich neue Handlungsfelder erschließen. Spätestens bis dahin muss auch konkretisiert werden, in wie weit sich das Land Nordrhein-Westfalen an einer Fortführung dieser Initiative im Bildungsbereich beteiligen kann.

Ich hoffe, dass ich mit meinem komprimierten Überblick einen ersten Einblick in das Vorhaben RegioNet OWL geben konnte. Für weitere Informationen möchte ich auf unsere Web-Plattform verweisen, die unter **regionet-owl.de** zu erreichen ist.

Beteiligungsmöglichkeiten schaffen: Handlungsempfehlungen und politische Forderungen der Enquete-Kommission Bürgerschaftlichen Engagements des Bundestages

Prof. Dr. Adalbert Evers

Vorbemerkung

Mit folgenden 10 Thesen und 10 politischen Schlussfolgerungen stellen drei von unterschiedlichen Parteien benannte Sachverständige – Prof. Dr. Adalbert Evers, Prof. Dr. Thomas Olk sowie Prof. Dr. Roland Roth – und die Bundestagsabgeordnete Karin Kortmann (SPD) parteiübergreifende Gemeinsamkeiten in den gesellschaftspolitischen Reformkonzeptionen dieses umfangreichen „Demokratiegutachtens“ vor.

10 Thesen und 10 Schlussfolgerungen

1. Die Aktivitäten engagierter Bürgerinnen und Bürger brauchen eine steuerrechtliche Absicherung

Anstatt finanzielle Vergünstigungen für bestimmte Gruppen von engagierten Bürgerinnen und Bürger – wie z.B. die Übungsleiter im Sport und ähnliche Gruppen – weiter auszubauen, sollte der tatsächliche Aufwand aller bürgerschaftlich Engagierter – z.B. durch eine allgemeine steuerfreie Aufwandspauschale (Grundfreibetrag) in Höhe von 300 € pro Jahr – ausgeglichen werden.

2. Bürgerschaftliches Engagement benötigt eine umfassende „Kultur der Anerkennung“

Die nachhaltige und spürbare Wertschätzung des Beitrags engagierter Bürgerinnen und Bürger in Verbänden, Vereinen und öffentlichen Verwaltungen wird vor allem auch dadurch verdeutlicht, dass finanzielle, sachliche und personelle Ressourcen für Engagierte bereitgestellt und ihre Bedürfnisse, Anliegen und Probleme in den Organisationen ernstgenommen werden.

3. Bürgerschaftliches Engagement erfordert geeignete institutionelle Lernorte

Die Entwicklung sozialmoralischer Motive des Gemeinnsinns und sozialer Kompetenzen muss gegenüber kognitiven Wissensbeständen in pädagogischen und sozialen Institutionen wie etwa Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen, Schulen und andere Bildungsinstitutionen künftig ein stärkeres Gewicht erhalten.

4. Engagementförderung ist eine Querschnittsaufgabe

Die Modernisierungskonzepte in Politik und einzelnen Handlungsbereichen – wie etwa Gesundheit, Soziales, Arbeit, Jugend und Kultur – muss Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements systematisch einbeziehen. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit geboten werden, nicht nur als Kunde und Klient Einfluss zu nehmen, sondern Mitverantwortung tragen und kompetent mitreden und mitgestalten zu können.

5. Bürgerschaftliches Engagement – eine Herausforderung für Wirtschaft und Arbeitswelt

Flexiblere Arbeitszeiten und größere Freiräume für die Beschäftigten verbessern die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement – inner- und außerhalb von Büros und Betrieben. Engagierte Bürgerinnen und Bürger bringen die Erfahrungen und sozialen Fähigkeiten auch als Qualifikationen in ihre berufliche Tätigkeit ein. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in und durch Unternehmen ist daher eine echte „win-win-Situation“. Es sollten daher alle Projekte und Bestrebungen unterstützt werden, die dazu beitragen, dass sich Unternehmen in Deutschland mehr als bisher als „corporate citizens“ verstehen.

6. Beteiligungsorientierte Institutionen und Organisationen – eine Schlüsselfrage für die Zukunft der Bürgergesellschaft

Über die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements entscheiden weniger Maßnahmen der Werbung, Rekrutierung oder sozialen Vergünstigung einzelner engagierter Bürgerinnen und Bürger, als vielmehr die Entwicklung einer Kultur des Handelns und Entscheidens in konkreten Politikbereichen und Organisationsformen, die bürgerschaftlich geprägt und beteiligungsorientiert ist.

7. Es kommt darauf an, den „Kernbereich“ sozialstaatlicher Institutionen für bürgerschaftliches Engagement zu öffnen.

Die Analysen einzelner Politikfelder im Enquete-Bericht zeigen, dass sich bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen findet. Allerdings gilt, dass bürgerschaftliches Engagement vornehmlich in solchen Handlungsfeldern akzeptiert und gefördert wird, die sich auf den Umgang mit diskriminierten Gruppen oder mit besonders gefährdeten Bevölkerungsteilen – z.B. in benachteiligten Stadtvierteln – widmen, während die Entwicklung in bestimmten Kernbereichen des Sozialstaats – etwa Gesundheit oder Arbeitsmarktpolitik – kaum von Debatten um Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement geprägt sind.

8. Bürgerschaftliches Engagement und Bürgergesellschaft folgen einer anderen Handlungslogik als Staat und Verwaltung – deshalb sind Strategien der Ermöglichung gefragt und Formen hierarchischer Steuerung abzulehnen

Die Akteure der Bürgergesellschaft – also Vereine, Initiativen und Projekte unterschiedlichster Art – und Staat und Verwaltung sind Partner, die sich „auf Augenhöhe“ begegnen sollten. Dennoch sind sie ungleiche Partner, deren Unterschiede nicht verwischt

werden sollten. Für eine kooperative Politik eignen sich nach unserer Auffassung vor allem neue Formen der Zusammenarbeit und Konfliktbewältigung wie Partnerschaften, Bündnisse, Netzwerke und Verträge, die verschiedene Akteure, Entscheidungs- und Aktivitätszentren miteinander verbinden – Ämter und Unternehmen, Anbieter und Verbraucher, soziale Dienste und Einrichtungen und Vereine etc.

9. Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich vor allem in Netzwerken und unterschiedlichen Formen der Kooperation

Politik, die Engagement fördern will, muss lernen, verstärkt in den Kategorien der Netzwerkförderung zu denken und zu handeln. Partnerschaften, Bündnisse und Kooperationsstrukturen sind die engagiertem Handeln besonders gemäßen Aktionsformen. Die Analyse unterschiedlicher Politikbereiche wie Gesundheit, Wohnumfeldverbesserung, lokale Beschäftigungsförderung, Kinder- und Jugendpolitik usw. hat gezeigt, dass Möglichkeiten des Engagements mit und in Netzwerken wachsen, die verschiedene Akteure, Entscheidungs- und Aktivitätszentren miteinander verbinden – z.B. Arbeitsämter, Kammern, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Initiativen und Sozialbetriebe.

10. Der Interessenkonflikt zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen muss durch eine bürgerschaftliche Umgestaltung von Institutionen und Organisationen überwunden werden

Eine verbesserte Kooperation von engagierten Bürgerinnen und Bürgern und hauptamtlichen Kräften ist nachhaltig nur dann zu erwarten, wenn die Modernisierungskonzepte der hiervon betroffenen Organisationen, Einrichtungen und Dienste die Dimension der bürgerschaftlichen Mitwirkung systematisch mit einbeziehen und eine Kultur des Entscheidens und Planens entwickelt wird, die offen ist für die knappe und begehrte Ressource der freiwilligen Mitarbeit.

Es geht um mehr als das Ehrenamt: Ein qualifizierter Begriff von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgergesellschaft als Bezugsrahmen

In der öffentlichen Debatte wird bürgerschaftliches Engagement oftmals auf das Ehrenamt reduziert – auf die freiwillige und unbezahlte Übernahme festumrissener Aufgaben im Rahmen organisatorischer Strukturen von Vereinen, Initiativen und Projekten. Hieraus folgt in der Regel eine Verengung förderpolitischer Strategien auf den sozialrechtlichen Schutz freiwillig tätiger Menschen und die Rekrutierung einer möglichst hohen Zahl von Ehrenamtlichen durch Vermittlungsbörsen, finanzielle Anreize etc. Für uns ist bürgerschaftliches Engagement dagegen mehr als das Ehrenamt: Aktivitätsformen wie das Stiften und Spenden von Geld, die Mitwirkung in Selbsthilfegruppen sowie die Beteiligung an konventionellen und nicht-konventionellen Formen politischer Partizipation gehören ebenso dazu.

Die Aufwertung bürgerschaftlichen Engagements in der öffentlichen Debatte ist insofern Ausdruck neuer Erwartungen an die Bürgerinnen und Bürger als Gestalter eines lebendigen und demokratischen Gemeinwesens. Denn für die Zukunftsfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft ist das bürgerschaftliche Engagement eine wesentliche Voraussetzung.

Damit verweist das Konzept des bürgerschaftlichen Engagements auf das Leitbild der Bürgergesellschaft als übergreifenden Bezugsrahmen. Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der politischen Demokratie selbst organisieren und auf die Geschicke des Gemeinwesens einwirken können.

Im Spannungsfeld von Markt, Staat und Familie wird Bürgergesellschaft überall dort sichtbar, wo sich freiwillige Zusammenschlüsse bilden, wo Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten genutzt werden. Hierzu zählten wir nicht nur Vereine, Verbände, Stiftungen, Religionsgemeinschaften und kleine informelle Initiativen des Dritten Sektors, sondern auch staatliche Institutionen, Gewerkschaften und Wirtschaftsunternehmen, soweit sie sich – bei aller Eigenständigkeit – als Partner bürgerschaftlicher Aktivitäten und Organisationsformen verstehen und dem Leitbild der Bürgergesellschaft verpflichtet sind. Dabei ist „Bürgergesellschaft“ nie allein eine Zustandsbeschreibung, sondern immer auch eine Reformperspektive, eine konkrete Utopie von mehr Selbstorganisation, Eigenverantwortung und Bürgerbeteiligung. Ihre Grundlagen sind in der Demokratie vorhanden, aber sie sind zugleich ausbau- und verbesserungsfähig.

Zum Stellenwert der folgenden Thesen und Schlussfolgerungen

Nach 2 ½ Jahren intensiver Arbeit hat die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ihren Bericht vorgelegt. Am 13. Juni 2002 wird dieser Bericht im Deutschen Bundestag diskutiert. Mit 10 Thesen und 10 darauf bezogenen politischen Schlussfolgerungen stellen drei von unterschiedlichen Parteien benannte Sachverständige – Prof. Dr. Adalbert Evers, Prof. Dr. Thomas Olk sowie Prof. Dr. Roland Roth – und die Bundestagsabgeordnete Karin Kortmann (SPD) *parteiübergreifende Gemeinsamkeiten in den gesellschaftspolitischen Reformkonzeptionen dieses umfangreichen „Demokratiegutachtens“* vor.

10 Thesen und 10 Schlussfolgerungen

1. Die Aktivitäten engagierter Bürgerinnen und Bürger brauchen eine sozialrechtliche Absicherung

Wir schließen uns den vielfach vorgetragenen Forderungen an, Beiträge und Tätigkeiten engagierter Bürgerinnen und Bürger gegen Risiken und Schadensfälle besser abzusichern und den Engagierten in diesem Zusammenhang entstehende zusätzliche Aufwendungen abzugelten. Zu beachten ist dabei aber, dass Engagierte ihre Unabhängigkeit wahren müssen und dass die Anerkennung entsprechender Tätigkeiten nicht den Gratifikationsmustern aus dem Bereich der Erwerbsarbeit folgen kann.

Politische Schlussfolgerung:

Wir unterstützen weder eine Monetarisierung von bürgerschaftlichem Engagement noch eine Schaffung von Tatbeständen und Regelungen (wie z.B. Rentenpunkte oder die Erhöhung der sogenannten Übungsleiterpauschale), die nur auf bestimmte ausgewählte Formen des Engagements (z.B. das formal geregelte, allseits anerkannte Engagement oder das Engagement in einem bestimmten gesellschaftlichen Bereich) anwendbar sind und damit andere Engagementformen (etwa die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, das Spenden von Geld

etc.) nachrangig erscheinen lassen. Anstatt also finanzielle Vergünstigungen für bestimmte Gruppen von engagierten Bürgerinnen und Bürger – wie z.B. die Übungsleiter im Sport und ähnliche Gruppen – weiter auszubauen, sollte der tatsächliche Aufwand aller bürgerschaftlich Engagierter – z.B. durch eine allgemeine steuerfreie Aufwandspauschale in Höhe von 300 € pro Jahr – ausgeglichen werden. Auf diese Weise können tatsächlich entstandene Kosten (Telefon, Porto, Fortbildungskosten etc.) aus dem bürgerschaftlichen Engagement für einen großen Personenkreis engagierter Menschen unbürokratisch kompensiert werden.

2. Bürgerschaftliches Engagement benötigt eine umfassende „Kultur der Anerkennung“

Bürgerschaftliches Engagement wird vielfach immer noch als ausschließlich private Angelegenheit des Einzelnen betrachtet. Dies ist jedoch angesichts der hohen Bedeutung dieses Engagements für die Zukunftsfähigkeit der Demokratie eine verkürzte Sicht. Bürgerschaftliches Engagement braucht öffentliche Anerkennung und Wertschätzung! Ein zentrales Element der Förderung bürgerschaftlichen Engagements besteht daher in der Entwicklung und Entfaltung einer umfassenden Kultur der Anerkennung und Wertschätzung. Wichtige Bausteine einer solchen „Anerkennungskultur“ sind unterschiedliche Formen der Würdigung, Ermutigung und Belobigung bürgerschaftlichen Engagements auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft. Dabei erfordert die Vielfalt heutiger Engagementformen und die Unterschiedlichkeit der Motive und Bedürfnisse engagierter Bürgerinnen und Bürger neue und zielgruppenangemessene Formen der Anerkennung und Ehrung engagierter Menschen – seien dies nun Senioren, Jugendliche oder leitende Angestellte eines Wirtschaftsunternehmens.

Politische Schlussfolgerung:

Mit Anerkennungskultur ist allerdings viel mehr gemeint als Ehrung und Belobigung: Die nachhaltige und spürbare Wertschätzung des Beitrags engagierter Bürgerinnen und Bürger in Verbänden, Vereinen und öffentlichen Verwaltungen wird vor allem auch dadurch verdeutlicht, dass finanzielle, sachliche und personelle Ressourcen für Engagierte bereitgestellt und ihre Bedürfnisse, Anliegen und Probleme in den Organisationen ernstgenommen werden. Die Berücksichtigung bürgerschaftlichen Engagements bei der Verteilung öffentlicher Güter (z.B. Praktikumsplätze, Studienplätze etc.) sowie die Bereitstellung von Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen können ebenso Bestandteile einer Anerkennungskultur sein. Der eigentliche Sinn solcher Maßnahmen ist darin zu sehen, dass die unterschiedlichen Formen der Anerkennung den engagierten Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft deutlich machen, dass es wirklich auf sie ankommt und dass ihr Beitrag zur Gesamtleistung einer Organisation oder zum Erfolg eines Vorhabens bedeutsam ist.

3. Bürgerschaftliches Engagement erfordert geeignete institutionelle Lernorte

Bürgerschaftliches Engagement ist keineswegs selbstverständlich; es wird gelernt oder verlernt. Elternhaus, pädagogische Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Universitäten, aber auch Unternehmen und Verwaltungen tragen dazu bei, ob Engagement gelernt wird. Engagement kann nicht „gelehrt“ werden, sondern braucht Vorbilder, Anregungen und Räume, in denen Verantwortungsübernahme für andere und eigene freiwillige Aktivitäten geprobt und eingeübt werden können. Gerade für junge Menschen sind „Vorbilder“ wichtig, Engagierte aus ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, die sie erleben und befragen können, von denen sie lernen und an denen sie sich orientieren können. Im

angelsächsischen Raum hat sich für den Bereich von Lernen und Bildung, der auf die Aneignung bürgerschaftlicher Kompetenzen gerichtet ist, der Begriff „civic education“ durchgesetzt. Ziel ist die Entwicklung bzw. Herausbildung von Bereitschaften und Fähigkeiten zur Mitbestimmung bei und Mitgestaltung von allgemeinen gesellschaftlichen und sozialen Belangen.

Politische Schlussfolgerung:

Bislang ist in unseren pädagogischen und sozialen Organisationen und Institutionen die Frage der biografischen Herausbildung bürgerschaftlicher Kompetenzen und Fertigkeiten vernachlässigt worden. Es muss also darum gehen, pädagogische und soziale Institutionen, wie etwa Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen, Schulen und andere Bildungsinstitutionen derart umzugestalten, dass die Entwicklung sozialmoralischer Motive des Gemeinsinns und sozialer Kompetenzen gegenüber kognitiven Wissensbeständen ein stärkeres Gewicht erhält. Die Fähigkeit und Bereitschaft zur aktiven Beteiligung am sozialen und politischen Gemeinwesen entsteht in den ersten Lebensjahren. Wenn also das Bildungsziel des mündigen Bürgers in einer demokratischen Gesellschaft ernst genommen werden soll, dann gehört es auch zum schulischen Bildungsauftrag, Wertorientierungen und Handlungsdispositionen wie Gemeinsinn, Verantwortungsübernahme und wechselseitige Rücksichtnahme zu entwickeln.

Pädagogische Institutionen des Bildungs- und Sozialsektors sind daher aufgefordert, Räume und Gelegenheiten bereitzustellen, um Engagement „zu lernen“, indem es möglich wird, Engagementfelder und -formen kennen zu lernen, selbst ein Engagement auszuprobieren und Engagementrollen einzuüben. Für die *Schule* bedeutet dies etwa eine Strategie der inneren und äußeren *Öffnung*. *Innere Öffnung* zielt darauf ab, durch neue Formen des Unterrichts und Lernens Prinzipien wie Handlungsorientierung und eigenständiges Lernen zu stärken und dabei Erfahrungen der Verantwortungsübernahme und des Lernens an realen Handlungs- und Entscheidungssituationen zu ermöglichen. *Äußere Öffnung* von Schule bedeutet eine verstärkte „Einbettung“ der Einzelschule in das umliegende Gemeinwesen. Durch die enge Zusammenarbeit von Schule mit zivilgesellschaftlichen Akteuren (wie Betrieben, Vereinen, Projekten der Jugendarbeit) können schuluntypische Zugänge und Sichtweisen in Prozesse des schulischen Lernens einbezogen und Möglichkeiten des Lernens an Aufgaben mit Ernstcharakter geschaffen werden.

4. Engagementförderung ist eine Querschnittsaufgabe

Die oft zitierte Aufgabe der „Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen“ für bürgerschaftliches Engagement wird vielfach gleichgesetzt mit mehr finanzieller Förderung, mit der Lösung sozialrechtlicher Fragen oder der Bereitstellung zusätzlicher Mittel und Infrastrukturen des Engagements. Entscheidend ist jedoch vor allem die Stärkung einer Kultur des kooperativen Handelns und Entscheidens, die zentrale Lebensbereiche und Institutionen prägen sollte. Ein beteiligungsfreundlicher Politikstil und eine Öffnung der öffentlichen Verwaltung für die Belange engagierter Bürgerinnen und Bürger ist allemal eine wirksamere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als die ausschließliche Bereitstellung eines (mehr oder weniger geringen) Etats zur finanziellen Unterstützung.

Politische Schlussfolgerung:

Wir fordern daher die politisch Verantwortlichen und Experten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auf zu überprüfen, inwieweit die von ihnen geplanten bzw.

gestalteten Modernisierungskonzepte in Politik und einzelnen Handlungsbereichen – wie etwa Gesundheit, Soziales, Arbeit, Jugend und Kultur – ausdrücklich auch Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements systematisch einbeziehen. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit geboten werden, nicht nur als Kunde und Klient Einfluss zu nehmen, sondern Mitverantwortung tragen und kompetent mitreden und mitgestalten zu können. Engagementförderung in diesem Sinne muss als eine Querschnittsaufgabe verstanden werden. Für die Politik wird es dabei darauf ankommen, ressortspezifische Lösungen mit ressortübergreifenden Querschnittsfragen einer Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgergesellschaft zu verbinden.

5. Bürgerschaftliches Engagement – eine Herausforderung für Wirtschaft und Arbeitswelt

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Erwerbsgesellschaft grundlegend verändert. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit sowie flexible Beschäftigungs- und Arbeitszeitstrukturen stehen für diese Trends. Solche Veränderungen haben auch Folgen für das bürgerschaftliche Engagement und die Bürgergesellschaft. Für die zentralen Akteure der Arbeitswelt – Unternehmen, Unternehmerverbände und Gewerkschaften – stellt sich die Herausforderung, sich auch als Akteure der Bürgergesellschaft zu begreifen und sich entsprechend zu betätigen. Dabei gilt für den Zusammenhang von Erwerbsarbeit und bürgerschaftlichem Engagement grundlegend: Bürgerschaftliches Engagement kann den Verlust des Arbeitsplatzes nicht ersetzen. Nach wie vor ist die Integration in die Erwerbsarbeit von zentraler Bedeutung sowohl für die Identität der Einzelnen als auch für die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand. Erfahrungen im internationalen Maßstab sowie in Ost- und Westdeutschland zeigen aber auch, dass bürgerschaftliches Engagement sehr wohl einen Beitrag zur sozialen Integration Arbeitsloser leisten kann.

Politische Schlussfolgerungen:

Insgesamt gilt, dass flexiblere Arbeitszeiten und größere Freiräume für die Beschäftigten die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern – inner- und außerhalb von Büros und Betrieben. Unternehmensverbände und Gewerkschaften, Unternehmen und Betriebsräte, aber auch der Gesetzgeber entscheiden folglich über die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und bürgerschaftlichem Engagement mit. Menschen, die als engagierte Bürgerinnen und Bürger Erfahrungen sammeln und soziale Fähigkeiten trainieren, wollen diese Qualifikationen auch in ihre berufliche Tätigkeit einbringen.

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in und durch Unternehmen ist daher eine echte „win-win-Situation“: Die Bürgerinnen und Bürger können an den unterschiedlichen Beteiligungsformen der Bürgergesellschaft teilhaben, was sowohl Spaß macht als auch neue Qualifikationen einbringt, und die Unternehmen können die sozialen Kompetenzen der engagierten Bürgerinnen und Bürger nutzen und Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen. Es sollten daher alle Projekte und Bestrebungen unterstützt werden, die dazu beitragen, dass sich Unternehmen in Deutschland mehr als bisher als „corporate citizens“ verstehen.

6. Beteiligungsorientierte Institutionen und Organisationen – eine Schlüsselfrage für die Zukunft der Bürgergesellschaft

Für die Weckung der Bereitschaft zum Engagement – auch jenseits des breiten Bereichs der Selbstorganisation in vielfältigen kleinen Vereinen und Initiativen – ist es von zentraler Bedeutung, ob Institutionen insgesamt beteiligungsorientiert ausgestaltet sind. Dies gilt nicht nur für die Organisationen im „Dritten Sektor“ wie Vereine, Verbände sowie soziale Dienste und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege. Auch öffentliche Einrichtungen in staatlicher oder kommunaler Trägerschaft – wie z.B. Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen – sind potentielle Orte für engagierte Mitwirkung und Beteiligung. Im gesamten öffentlichen Bereich muss die Öffnung der Strukturen für Beteiligung und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Ziel der Förderung bürgerschaftlichen Engagements sein.

Politische Schlussfolgerung:

Über die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements entscheiden weniger Maßnahmen der Werbung, Rekrutierung oder sozialen Vergünstigung einzelner engagierter Bürgerinnen und Bürger, als vielmehr die Entwicklung einer Kultur des Handelns und Entscheidens in konkreten Politikbereichen und Organisationsformen, die bürgerschaftlich geprägt und beteiligungsorientiert ist. Der bürgerschaftliche Charakter sozialer Einrichtungen und Dienste oder öffentlicher Verwaltungen bemisst sich keineswegs (ausschließlich) daran, wie viele ehrenamtlich Mitarbeitende gewonnen werden konnten. Entscheidend ist vielmehr, inwieweit es diesen Institutionen gelingt, sich tatsächlich in die Bürgergesellschaft und in ihr lokales Umfeld einzubetten – wie z.B. die Schule, die gemeinwohlwesensorientiert handelt und sich auch in ihren Unterrichtsformen für die Beiträge bürgerschaftlicher Akteure öffnet oder die Gesundheitseinrichtung, die mit Selbsthilfegruppen zusammen arbeitet etc. Es geht also um eine bürgerschaftlich geprägte und beteiligungsorientierte Kultur des Planens und Entscheidens in gesellschaftlichen Institutionen unterschiedlicher Bereiche – wie Wohnen, Gesundheit, Kultur, Stadtentwicklung, Bildung und Umweltschutz.

7. Engagement spielt seit jeher eine besondere Rolle in den weniger etablierten Randbereichen institutionalisierter sozialstaatlicher Politik. Es kommt darauf an, den „Kernbereich“ sozialstaatlicher Institutionen für bürgerschaftliches Engagement zu öffnen

Die Analysen einzelner Politikfelder im Enquete-Bericht zeigen, dass sich bürgerschaftliches Engagement in allen Bereichen findet. Allerdings gilt, dass bürgerschaftliches Engagement vornehmlich in solchen Handlungsfeldern akzeptiert und gefördert wird, die sich dem Umgang mit diskriminierten Gruppen oder mit besonders gefährdeten Bevölkerungsteilen – z.B. in benachteiligten Stadtvierteln – widmen, während die Entwicklung in bestimmten Kernbereichen des Sozialstaats – etwa Gesundheit oder Arbeitsmarktpolitik – kaum von Debatten um Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement geprägt sind.

Politische Schlussfolgerung:

Wir warnen davor, in der Bundesrepublik eine Kultur des bürgerschaftlichen Engagements zu entfalten, die Engagement und Beteiligung in „Randbereiche“ und „Nischen“ verweist, in die Professionalität, privatwirtschaftliche Lösungsmuster oder staatliches Handeln nicht hineinreichen, während die zentralen Institutionen und Bereiche – der große Betrieb, das Gesundheitssystem, die Arbeitsmarktverwaltung, die Schule – als Zentren professionalisierter

Versorgung und Dienstleistung und privatwirtschaftlicher Lösungsmuster verstanden werden, die gesellschaftspolitisch angeblich zu wichtig sind, um sie dem bürgerschaftlichen Engagement zu überlassen. Es muss vielmehr konsequent danach gefragt werden, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement zur Lösung der hier anstehenden Aufgaben und Probleme leisten kann und welche Rahmenbedingungen hierfür geschaffen werden müssen.

8. Bürgerschaftliches Engagement und Bürgergesellschaft folgen einer anderen Handlungslogik als Staat und Verwaltung – deshalb sind Strategien der Ermöglichung gefragt und Formen hierarchischer Steuerung abzulehnen

Engagement zu fördern und zu ermutigen und Engagementmöglichkeiten zu eröffnen ist eine politische Aufgabe im weitesten Sinne. Sie ist aber keineswegs nur eine staatliche Aufgabe. Hierzu bedarf es vielmehr der Initiative auf beiden Seiten – bei Staat und professioneller Politik und bei den Bürgerinnen und Bürgern selbst. Dabei gilt: Die Akteure der Bürgergesellschaft – also Vereine, Initiativen und Projekte unterschiedlichster Art – sind Partner von Staat und Verwaltung, die ihnen „auf Augenhöhe“ begegnen sollten. Dennoch sind sie ungleiche Partner, deren Unterschiede nicht verwischt werden sollten. Dies bedeutet vor allem: Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist kein Engagement „von Staats wegen“. Vielmehr ermächtigt sich die Bürgergesellschaft selbst, indem Bürgerinnen und Bürger gesellschaftliche Aufgaben eigenverantwortlich übernehmen oder bislang vernachlässigte Themen und Anliegen zur Sprache bringen.

Politische Schlussfolgerung:

Der „ermöglichende Staat“ sollte darauf abzielen, Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftliche Organisationen von staatlicher Gängelung und bürokratischer Überregulierung zu befreien. Er sollte auch die Rahmenbedingungen für eine eigenverantwortliche Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben verbessern. Es müssen auch Maßnahmen und Strategien der Befähigung („Empowerment“) für diejenigen Bevölkerungsgruppen entwickelt werden, die über herkömmliche Verfahren und Beteiligungsformen nicht ausreichend für bürgerschaftliches Engagement angesprochen und motiviert werden können („Aktivierung“).

Engagierte Bürgerinnen und Bürger tragen vielfach dazu bei, durch ihr Engagement und ihre Zivilcourage Ungerechtigkeiten kenntlich zu machen und staatliche Politiken für vernachlässigte Themen zu sensibilisieren. Aus dem Blickwinkel einer bürgerschaftlichen Politik geht es dabei allerdings keineswegs darum, die Verantwortung einfach von der Gesellschaft auf den Staat zu verlagern. Ziel ist es vielmehr, beide Seiten, also sowohl den Staat als auch die Bürger, zu „freiwilligen Selbstverpflichtungen“ zu ermutigen. Für eine derartige kooperative Politik eignen sich nach unserer Auffassung vor allem neue Formen der Zusammenarbeit und Konfliktbewältigung wie Partnerschaften, Bündnisse, Netzwerke und Verträge, die verschiedene Akteure, Entscheidungs- und Aktivitätszentren miteinander verbinden – Ämter und Unternehmen, Anbieter und Verbraucher, soziale Dienste und Einrichtungen und Vereine etc.

9. Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich vor allem in Netzwerken und unterschiedlichen Formen der Kooperation

Die Förderung von Engagement wird vielfach gleichgesetzt mit der Aktivierung und Rekrutierung von Einzelpersonen. Die Analyse unterschiedlicher Politikbereiche wie Gesundheit, Wohnumfeldverbesserung, lokale Beschäftigungsförderung, Kinder- und Jugendpolitik usw. hat jedoch gezeigt, dass Möglichkeiten des Engagements mit und in Netzwerken wachsen, die verschiedene Akteure, Entscheidungs- und Aktivitätszentren miteinander verbinden – z.B. Arbeitsämter, Kammern, Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Initiativen und Sozialbetriebe. Politik, die Engagement fördern will, muss deshalb lernen, mehr in den Kategorien der Netzwerkförderung zu denken und zu handeln. Partnerschaften, Bündnisse und Kooperationsstrukturen sind die engagiertem Handeln besonders gemäßen Aktionsformen.

Politische Schlussfolgerung:

Wir empfehlen daher, auf allen Ebenen der Gesellschaft – also sowohl im kommunalen Raum, als auch auf Länder- und Bundesebene – bereichsübergreifende Netzwerkstrukturen bürgerschaftlichen Engagements zu fördern und zu unterstützen. In solchen Netzwerken und Bündnissen werden Erfahrungen ausgetauscht, bereichsübergreifende Perspektiven und Handlungsprobleme sichtbar und diskussionsfähig gemacht sowie gemeinsame Strategien der Bürgergesellschaft gegenüber Politik und Verwaltung entwickelt.

An diesen Netzwerken und Bündnissen können Vertreter von Politik und öffentlicher Verwaltung als gleichberechtigte Partner durchaus teilnehmen. Allerdings darf deren Machtstellung nicht dominant werden. Die Netzwerke der Bürgergesellschaft sind keine Kooperationsformen „von Staats wegen“, sondern Formen der Selbstermächtigung einer aktiven und lebendigen Bürgergesellschaft. Deshalb sind bereichsübergreifende Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure, wie sie sich in vielen Bundesländern entwickelt haben, zu begrüßen und sollten durch kommunale staatliche Institutionen unterstützt und gefördert werden. Dies gilt auch für das neugegründete bundesweite Netzwerk zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, das sich in der Nachfolge des Netzwerkes zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ 2001 gegründet hat. Allerdings ist bei allen diesen Formen der Vernetzung und Kooperation darauf zu achten, dass die großen zivilgesellschaftlichen Organisationen des Sports, der Kultur und der Wohlfahrtspflege (die großen „Tanker“) die kleinen, verbandsunabhängigen Initiativen und Projekte nicht dominieren und dass der Einfluss der Vertreter von Politik und öffentlicher Verwaltung nicht zu stark wird und diese Netzwerke nicht in die Abhängigkeit staatlicher Politik und Verwaltung geraten.

10. Der vielfach diskutierte und beklagte Interessenkonflikt zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen ist nicht durch guten Willen allein, sondern nur durch eine bürgerschaftliche Umgestaltung von Institutionen und Organisationen zu überwinden

In vielen Institutionen und Organisationen, in denen Haupt- und Ehrenamtliche zusammenarbeiten (sollen), gibt es Probleme und Konflikte zwischen beiden Seiten. Während die Hauptamtlichen die vermeintliche Gefährdung ihrer Arbeitsplätze durch das Ehrenamt befürchten, unzureichende Qualifikationen und die Störung eingespielter Arbeitsabläufe

durch Ehrenamtliche beklagen, sehen sich Ehrenamtliche als „Handlanger“ und „billige Arbeitskräfte“ oder aber als marginalisierte Randfiguren missachtet und missbraucht.

Politische Schlussfolgerung:

Wir vertreten die Auffassung, dass sich die Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen nicht ausschließlich durch bessere Managementtechniken lösen lassen. An die Stelle eines bloßen „Kurierens an den Symptomen“ muss die Behandlung der „Wurzeln des Übels“ treten: Eine Lösung der Interessenkonflikte zwischen beiden Seiten und eine verbesserte Kooperation von engagierten Bürgerinnen und Bürgern und hauptamtlichen Kräften ist nachhaltig nur dann zu erwarten, wenn die Modernisierungskonzepte der hiervon betroffenen Organisationen, Einrichtungen und Dienste die Dimension der bürgerschaftlichen Mitwirkung systematisch mit einbeziehen und eine Kultur des Entscheidens und Planens entwickelt wird, die offen ist für die knappe und begehrte Ressource der freiwilligen Mitarbeit. Die Entschärfung von Interessenkonflikten wird außerdem dann besser gelingen, wenn nicht einfach bei einem im Wesentlichen unveränderten Leistungsprofil professionelle und vergütete Arbeit durch ehrenamtliche Mitarbeit ersetzt wird, sondern wenn durch gleichzeitige Neubestimmung und ggf. Erweiterung von Aufgaben und Leistungsspektrum die Karten neu gemischt werden. Ehrenamtliche Mitarbeit kann dann sogar neue Formen bezahlter Arbeit bei sozialen Diensten und Einrichtungen vorbereiten und das Ansehen und die Legitimität einer Dienstleistung stärken helfen.

Wir fordern daher die Leitungs- und Führungskräfte von Einrichtungen und Diensten der freien Wohlfahrtspflege, von Kultur- und Sportverbänden und öffentlichen Verwaltungen auf, die Rolle von bürgerschaftlichem Engagement und bürgerschaftlicher Mitwirkung bei der Entwicklung organisationsbezogener Leitbilder, Aufbau- und Ablaufstrukturen und strategischen Management- und Entscheidungsprozessen stärker als bisher zu berücksichtigen.

Netzwerkarbeit als innovative Strategie bürgerschaftlichen Engagements

Prof. Dr. Veronika Fischer

Einleitung

Ich möchte Ihnen in meinem Vortrag die Netzwerkarbeit als eine innovative Strategie bürgerschaftlichen Engagements vorstellen. Diese Strategie vollzieht sich auf zwei Ebenen: Ich unterscheide dabei die Ebene der Selbstorganisation der Freiwilligen und die Ebene professioneller Tätigkeit, die in bestimmten Supportfunktionen für die Freiwilligenarbeit besteht. Auf beiden Ebenen haben sich Aktivitäten entwickelt, die zur Bildung von Netzwerken geführt haben. Diese Netzwerke haben wiederum unterschiedliche Strukturen hervorgebracht, die für den Erhalt und die Weiterentwicklung bürgerschaftlichen Engagements lebensnotwendig sind.

Die Netzwerkmetapher wurde bereits in den frühen 50er Jahren von dem englischen Sozialanthropologen John Barnes eingeführt und hat seitdem eine beispiellose Karriere hinter sich. Sie taucht in den unterschiedlichsten Wissenschaftsdisziplinen auf, und es würde zu weit führen, an dieser Stelle Näheres dazu auszuführen. Ich beziehe mich im folgenden hauptsächlich auf Netzwerktypen, die durch Selbstorganisation Älterer und Kooperation verschiedener Einrichtungen Sozialer Arbeit entstanden sind. Im Unterschied zu sogenannten primären oder natürlichen Netzwerken wie der Familie handelt es sich bei den hier zur Diskussion stehenden Netzwerken um freiwillige, selbstgewählte Zusammenschlüsse, die aufgrund eines gemeinsamen Interesses entstanden sind. Fällt der Zweck dieses Zusammenschlusses weg, löst sich in der Regel das Netz auf.

Diese Netzwerke entstehen durch Interaktion und etablieren im Zuge ihres Aufbaus und ihrer Weiterentwicklung bestimmte Strukturen. Merkmale der Netzwerke sind:

- Dezentrale Strukturen
- Symmetrische Beziehungen
- Bargaining
- Vertrauenskultur
- Informeller Charakter
- Ressourcenaustausch

Dezentrale Struktur

Netzwerke dezentralisieren Abläufe und verteilen Entscheidungsprozesse. Laut Definition haben Netzwerke kein Zentrum. Sie arbeiten nach einer binären Logik: Inklusion und Exklusion. Alle Bestandteile eines Netzwerks sind nützlich und notwendig für seine Existenz. Einige Knoten im Netzwerk sind möglicherweise wichtiger als andere oder verfügen qua Herkunft über mehr Ressourcen als andere, aber alle brauchen einander, so lange sie Teile des Netzwerks sind und seinen Zweck akzeptieren (Castells 2000, 37ff).

Symmetrische Beziehungen

In Netzwerken fehlt eine Ordnungsinstanz, die quasi „von oben bestimmt“, welche Strategien einzuschlagen sind. Somit fehlen auch Über- und Unterordnungsverhältnisse, die die Akteure in eine Hierarchie einbetten könnten. Jedes Netzwerkmitglied hat die gleichen Rechte und Pflichten und agiert selbständig neben den anderen. Damit ist zugleich ein Verzicht auf überproportionalen Einfluss verbunden, es sei denn die Netzwerkstrukturen werden außer Kraft gesetzt.

Bargaining

Da es innerhalb des Netzwerks keine übergeordnete Instanz mit Weisungsbefugnis gibt, müssen die Angehörigen eines Netzwerks Entscheidungen aushandeln. Gibt es unterschiedliche Optionen, sind Für und Wider im Gruppendiskurs auszutauschen, um schließlich zu einem Konsens zu kommen. Das macht vor allem kommunikative Prozesse erforderlich, die manchmal sehr langwierig sein können. Der Umgang in Netzwerken erfordert daher kommunikative und soziale Kompetenzen wie Empathie, Ambiguitätstoleranz, Konfliktfähigkeit etc.

Vertrauenskultur

Symmetrische Beziehungen entstehen durch die wechselseitige Akzeptanz der Akteure, d.h. sich als gleichwertig und gleichberechtigt anzuerkennen. Dies sollte mit der Vorstellung verbunden sein, dass jeder einen eigenständigen, gleichermaßen nützlichen Beitrag zum Vernetzungszweck leisten kann, was wiederum ein gegenseitiges Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Verbindlichkeit der Beteiligten impliziert.

Informeller Charakter

Im Unterschied zu etablierten Organisationen, die feste Strukturen (Funktionen, Positionen, Ämter) aufweisen, zeichnet sich ein Netzwerk durch relativ einfache Abläufe und einen Verzicht auf bürokratisches Vorgehen aus. Die am Netzwerk Beteiligten können daher relativ schnell und ohne störende Zwischenschritte Kontakt zueinander aufnehmen und miteinander verhandeln. In der Regel ist ein Netzwerk auf einen begrenzten Zeitraum angelegt, so lange wie es die Beteiligten wollen und es ihren Zielen dienlich ist.

Ressourcenaustausch

Die Vorteile eines Netzwerks können in der Bündelung und dem Austausch von Ressourcen liegen, die die Beteiligten einbringen. Diese Ressourcen sind entweder personeller, materieller oder finanzieller Art.

Insofern liegen Netzwerke – wie Burmeister / Canzler (1994) ausführen – quer zu traditionellen, hierarchischen und bürokratischen Strukturen. Sie sind oft selbstorganisierte Antworten auf Staats- oder Marktversagen bzw. eine Reaktion auf den Strukturwandel der Gesellschaft. Sie ermöglichen Identifikation, Selbsterfüllung und vermitteln häufig ein Gemeinschaftsgefühl. Sie bieten Unterstützung durch materielle Hilfe, Dienstleistungen und Informationen.

In meinem Vortrag wird immer wieder von Netzwerkarbeit die Rede sein. Es handelt sich hierbei um eine besondere Form Sozialer Arbeit, die sowohl Impulse gibt, damit soziale Netzwerke initiiert werden, als auch Unterstützung anbietet, damit Vernetzungen gelingen, die bürgerschaftliches Engagement erst möglich machen.

Damit meine Ausführungen besser nachvollziehbar sind und um Ihnen zugleich ein konkretes Beispiel der Netzwerkarbeit zu präsentieren, erläutere ich die Vernetzungsstrategien am Beispiel der sogenannten Düsseldorfer Netzwerke. Diese Netzwerke wurden im Jahr 2001 von einer Projektgruppe unter Leitung von mir und Prof. Dr. Volker Eichener an der FH Düsseldorf im Auftrag des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (MFJFG) untersucht (1).

Es handelt sich bei den Düsseldorfer Netzwerken um

- einen Zusammenschluss von älteren Freiwilligen im Vorruhestand bzw. Ruhestand,
- auf der räumlichen Ebene eines Stadtteils oder Stadtbezirks,

- mit der Zielsetzung, auf Basis von freiwilligem Engagement Dienstleistungen hauptsächlich für SeniorInnen im jeweiligen Stadtteil zu erbringen und gleichzeitig für die Altersphase ein tragfähiges soziales Netz an Bekanntschaften und Freundschaften aufzubauen und zu erhalten, um **soziale Vorsorge** fürs Alter zu betreiben.

Bei dem Stichwort der sozialen Vorsorge komme ich zu der ersten wichtigen These, mit der ich nun in mein Referat einsteigen möchte.

1. These

Netzwerkarbeit ist eine Antwort auf die Erosion sozialer Netze

Sozialer Arbeit fällt mehr und mehr die Aufgabe zu, Menschen dabei zu unterstützen, Lücken in ihren persönlichen Netzen zu lokalisieren und ggf. zu schließen. Gerade mit dem Eintritt in den Ruhestand dünnen die persönlichen Netze aus.

Der Berufsaustritt ist in der Regel mit dem Wegfall der Kollegenkontakte verbunden. Als Folge ist ein geringer sozialer Rückzug z.B. aus formellen Organisationen oder allgemeinen sozialen Aktivitäten zu verbuchen, was aber zugleich mit einer Erweiterung der Freizeitkontakte einhergeht. Es erfolgt also eine Umstrukturierung der sozialen Netze, nicht unbedingt ein Abgleiten in die soziale Isolation (Saup/Mayring 1995). Dennoch gibt es Risiken, die vor dem Hintergrund des Strukturwandels des Alters zu sehen sind und mit dem Trend zur Singularisierung der Lebensformen zusammenhängen.

1991 lebten bereits mehr als ein Drittel der 60 Jahre und älteren Menschen in Ein-Personen-Haushalten, von den Frauen rund 47%, von den Männern 14% (1. Altenbericht 1996, 5).

Alleinleben bedeutet - wie oben ausgeführt wurde- nicht automatisch Alleinsein bzw.

Einsamkeit. „Als von sozialer Isolation bedroht kann jedoch eine Minderheit von - je nach

Umfrage - etwa 10-20% der Älteren gelten, wobei die Einsamkeit mit höherem Alter zunimmt. So berichteten im 'Eurobarometer' ca. 7% aller 60-jährigen - in Westdeutschland - 18% aller über 80jährigen, oft unter Einsamkeitsgefühlen zu leiden (...) Angesichts einer zunehmenden Kinderlosigkeit - Prognosen gehen davon aus, daß um das Jahr 2020 herum ein Drittel aller Senioren ohne Kinder leben, also höchstens noch über Seitenverwandtschaft verfügen wird (vgl. Deutscher Bundestag 1998: 618) - besteht zudem die Gefahr, daß diese Werte in den kommenden Jahrzehnten deutlich ansteigen“ (Schölkopf 2000, 59).

Clemens Dannenbeck untersucht in diesem Zusammenhang die Risikofaktoren, die zu Einsamkeitserleben älterer Menschen führen können. In Bezug auf Döring/Bortz nennt er zwei Ursachenkomplexe von Einsamkeit:

- auf der Mikroebene sind Defizite in den sozialen Netzwerken einer Person für ihre Einsamkeitsgefühle verantwortlich,
- auf der Makroebene prägen gesellschaftliche Strukturbedingungen und die Verteilung materieller Ressourcen direkt oder indirekt das Einsamkeitserleben (1995, 133).

Demnach sind die Einsamen zu fast 48% verwitwet. „Einsame“ tendieren überdurchschnittlich häufiger zum Singledasein, sie wohnen zu 74% in einem Ein-Personen-Haushalt. Die Partnerschaft nimmt im Denken der Betroffenen einen wichtigen Stellenwert ein, fehlende Partnerschaft bzw. der Verlust des Partners werden daher als Mangel und sozial isolierend erlebt. Ebenso wirkt sich Kinderlosigkeit verstärkend auf das Einsamkeitserleben aus. Es spielt folglich eine Rolle für das soziale Erleben, ob überhaupt ein Kind vorhanden ist, zu dem Kontakt aufgenommen werden kann, während „mit steigender Anzahl der Kinder kein zusätzlicher Schutz vor sozialer Isolation im Alter verbunden ist“ (ebenda, 136).

Zunehmend kinderlose Ehen und singuläre Lebensformen bergen daher das Risiko, sich im Alter einsam zu fühlen. Von diesem Risiko sind dann quantitativ eher Frauen als Männer betroffen, die auch in der Gruppe der Hochaltrigen überproportional vertreten sind.

Auch unsere Netzwerkbegleitforschung kam bei der Analyse der Sozialstruktur der Netzwerkmitglieder zu dem Ergebnis, dass die Mehrzahl der im Netzwerk organisierten Menschen aus unterschiedlichen Gründen alleinstehend ist (ledig, verwitwet, getrennt lebend, geschieden). Nur 35% der Netzwerker sind verheiratet. Von den Alleinstehenden sind 71% weiblichen Geschlechts.

Singularisierung ist zwar nicht automatisch mit Einsamkeit verbunden, birgt aber zumindest das Risiko mit eingeschränkter Mobilität im Alter auch zu vereinsamen. In diesem Zusammenhang ist eine soziale Kompetenz gefragt, die in der Konstruktion sozialer Netze und einer entsprechenden Beziehungspflege besteht. Nicht jeder besitzt diese Fähigkeit, insbesondere Menschen mit geringer materieller Ressourcenausstattung sind dazu vielfach nicht in der Lage. „Ein immer wieder nachgewiesener Befund zeigt, daß sozioökonomisch unterprivilegierte und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen offensichtlich besondere Defizite bei dieser gesellschaftlich zunehmend geforderten eigeninitiativen Beziehungsarbeit aufweisen. Die sozialen Netzwerke von Arbeitern z.B. sind in den Nachkriegsjahrzehnten immer kleiner geworden...

Wer also ' einer höheren Schicht angehört, d.h. über mehr Einkommen und Bildung verfügt, hat sowohl mehr Helfer als auch mehr Kontaktpartner. Wer also mehr materielle Mittel und Wissen hat - und daher für die 'Pflege' seiner Beziehungen mehr einsetzen kann -, hat auch mehr Helfer in der Not und Kontakte im Alltag.' “. Keupp kommt daher zu dem Ergebnis, dass unser „soziales Kapital“, die sozialen Ressourcen, ganz offensichtlich wesentlich mitbestimmt werden von unserem Zugang zu „ökonomischen Kapital“ (1996, 90).

Interessanterweise werden diese Ergebnisse durch unsere Netzwerkbegleitforschung bestätigt. Wir haben festgestellt, dass die Netzwerkangehörigen hauptsächlich im Dienstleistungsbereich, vor allem in kaufmännischen Berufen bzw. Verwaltungs- und Büroberufen tätig waren (48%).

Fertigungsberufe (Schlosser, Mechaniker, Elektriker), also typische Arbeiterberufe, sind nur selten vertreten (8,5%). Diese Berufsstruktur, verbunden mit einer entsprechenden Einkommensstruktur, macht deutlich, dass die meisten Netzwerker eher der Mittelschicht als dem Arbeitermilieu angehören. Die finanziellen Ressourcen und der gute Gesundheitszustand sind offenbar wichtige Voraussetzungen für die Vernetzung. Es liegt die Vermutung nahe, dass die im Netzwerk organisierten eher zu den privilegierten Älteren gehören, die mit dem Netzwerkbeitritt schon ein hohes Maß an sozialer Kompetenz, Offenheit und Beziehungsfähigkeit zeigen, ein soziales Kapital, das in die Netzwerkarbeit mit eingeht. Die hohe Zahl der ehemals Erwerbstätigen (75%) macht auch deutlich, dass das Netzwerk ein neues Betätigungsfeld nach der Erwerbsphase darstellt und in verschiedener Hinsicht eingetretene Defizite ausgleicht: Es bietet sowohl Sozialkontakte als Kompensation der weggefallenen Berufskontakte als auch alternative Tätigkeitsfelder, die dem Leben einen neuen Sinn geben.

Es stellt daher eine besondere Leistung dar, Netze zu knüpfen, die gegebenenfalls anderen, die weniger privilegiert sind, zur Verfügung gestellt werden können. Insofern ist die Netzwerkkonstruktion an sich schon eine besondere soziale Leistung, die im Hinblick auf die zunehmende Singularisierung der Lebensformen immer wichtiger wird. In diesem Sinne gehen wir auch mit der Definition von Wolf Rainer Wendt (1996, 19) konform, der davor warnt, bürgerschaftliches Engagement auf den Begriff des Ehrenamts oder „freiwilliger Mitarbeit“ zu verkürzen. „Wohlfahrtsverbände und öffentliche Träger von sozialen Einrichtungen und Diensten möchten auch unter veränderten Bedingungen Helferinnen und Helfer rekrutieren, die nichts kosten. Sich bürgerschaftlich engagieren meint aber einen selbstbestimmten Einsatz im Gemeinwesen.“

Die Netzwerke stellen daher ein hervorragendes Beispiel für einen umfassenden Begriff bürgerschaftlichen Engagements dar. Sie vereinen **soziale Vorsorge**, die in der Konstruktion neuer sozialer Netze besteht, mit **Selbstsorge**, die in der auf das Selbst gerichteten freiwilligen, interessenorientierten Freizeitaktivität besteht, mit **Dienstleistungen für andere**. Im bürgerschaftlichen Engagement widmen sich die Netzwerker zivilen, den Zustand des Gemeinwesens und seiner Angehörigen betreffenden Belangen. Zugleich entsteht dadurch implizit eine Art neuer Generationenvertrag, bei dem Vorrühständler, also eine jüngere Altersgeneration Leistungen für Ältere erbringt, wodurch eine Infrastruktur entsteht, die später im Fall eigener Hilfsbedürftigkeit genutzt werden kann.

Diese Infrastruktur errichten die Betroffenen aber erfahrungsgemäß nicht allein aus eigener Kraft. Sie sind in der Regel auf professionelle Unterstützung angewiesen. So komme ich zu meiner zweiten These.

2. These: Netzwerkarbeit sichert die Kontinuität bürgerschaftlichen Engagements

Phasen im Aufbau eines Netzwerks

Anschubphase

I. Der Impuls

II. Überzeugungs- und Abstimmungsarbeit

III. Institutionelle Absicherung



Gründungsphase

IV. Zielgruppenansprache /Rekrutierung

V. Motivierung Orientierung Zielfindung



Arbeitsphase

VI. Steuerung und Organisationsentwicklung in der Arbeitsphase

VII. Entwicklung von Mitwirkungsstrukturen



Vernetzungsphase

VIII. Vernetzung der Netzwerke

3. These

Bürgerschaftliches Engagement braucht den Impuls von außen

Bürgerschaftliches Engagement entsteht selten spontan. Es muss in der Regel

- initiiert
- aktiviert
- moderiert
- und unterstützt werden.

Auch im Fall der Düsseldorfer Netzwerke spielten Multiplikatoren eine wichtige Rolle. Hier ein Auszug aus einem Interview, das sehr plastisch verdeutlicht, wie ein Netzwerkaufbau initiiert wurde:

„Also ich bin in Vorruhestand gegangen mit 59 Jahren. Über Nacht bin ich in Vorruhestand gegangen. ... Bei den Stadtwerken Düsseldorf war ich 35 Jahre. Und was machst du jetzt? Und dadurch, dass ich den Pfarrer F. (kannte), der ist jetzt in Vorruhestand gegangen, hab ich immer schon was gemacht... Ich bin auch schon mal nach Prag gefahren. Kleidung hab ich dahin gebracht. Und hab dann auch schon mal so kleine Reparaturen gemacht.... Und dann hat die Frau N. (Diplompädagogin bei der Diakonie), den Namen haben

Sie sicher schon gehört, die kenn ich natürlich schon von klein an, die hat den Herrn F. angerufen, ob er keinen für'n Handwerk hat. Und der hat mich dann auch angerufen – „Herr G“ – sagt er „ich hab was für Sie. Oben wird ein Netzwerk gegründet.“ Und daraufhin sag ich zu meiner Frau: „Was soll ich da? Hab keine Lust.“ Da hat sie gesagt: „Geh doch mal gucken, wenigstens mal gucken“. Dann hab ich mich überreden lassen. Und dann haben wir drüben in der Begegnungsstätte gesessen und dann hab ich mir das mal angehört. Und dann muss ich sagen, da war der Herr T. und noch 2, 3 Mann, da waren wir ja ein ganz kleiner Haufen. Und dann hab ich mich doch entschlossen, „Na guckste mal, wie es geht“. Und hab das dann auch von der Zeit, vom Gründungstag an, mit angefangen... Aber ich muss sagen, ... ich hab dann den Vorruhestand gar nicht so wahrgenommen, weil ich von eins ins andere reingegangen bin. Also ich bin nicht in ein Loch reingefallen oder was. Ich war so aktiv, direkt... Das war so der Werdegang, wie ich überhaupt ins Netzwerk reingekommen bin, durch den Pastor F. und die Frau N. So ist das abgelaufen.“

An dieser Textpassage wird deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement eines Anstoßes bedarf. Der hier interviewte Ruheständler deutet an, dass er sich offenbar in einer lebensgeschichtlich einschneidenden Situation befunden hat, die im schlimmsten Fall in eine Altersdepression hätte einmünden können, von ihm mit dem Bild „des Lochs, in das man fällt“ angesprochen. In einer solchen Situation ist das Selbstwertgefühl eher schwach ausgebildet, sind die Energiereserven verbraucht und somit die Voraussetzungen, selbst initiativ zu werden, um die eigene Situation zu verändern, eher ungünstig. So wie ihm – das haben unsere Untersuchungen ergeben - geht es vielen Vorruheständlern. Sie brauchen einen Impuls, um wieder aktiv zu werden, Orientierung bei der Umstrukturierung ihres Alltags, Unterstützung bei der Sinnfindung in der Altersphase und das Gefühl auch im Alter noch gebraucht zu werden.

An diesem Punkt setzt Netzwerkarbeit an.

- Sie schafft einen Rahmen, damit Menschen zusammenkommen, die sich lebensgeschichtlich in einer ähnlichen Situation befinden,
- Sie gibt den Betroffenen Gelegenheit, sich einerseits ihrer eigenen Interessen und Ziele für die Altersphase bewusst zu werden und sich andererseits über gemeinsame Ziele für ein Engagement im Gemeinwesen zu verständigen.

In ersten Phase der Netzwerkgründung – der Anschubphase – heißt Netzwerkarbeit

- **Animieren**
- **Motivieren**
- **Selbstreflexion anstoßen**
- **Selbstbestimmung ermöglichen**
- **Ressourcen erschließen**

Der professionellen Netzwerkarbeit fällt nun die Aufgabe zu, die Motive, Interessen und Bedürfnisse der Interessenten zu erschließen und sie als Basis für zu entwickelnde Engagementfelder zu nutzen. Die Motivlage, warum Menschen sich bürgerschaftlich engagieren wollen, hat sich geändert. Im Unterschied zum klassischen Ehrenamt, das v.a. von Pflichtgefühl und moralischer Verantwortung geprägt war, betonen die Freiwilligen in der Netzwerkarbeit, dass es ihnen wichtig sei, „zusammen Spaß zu haben“ (64%). Nach den Zwängen, die ihnen die Erwerbsphase auferlegte, etwa in Form des Zeitkorsetts, das durch den Arbeitstag vorgegeben war, von Direktiven durch die Betriebshierarchie und der Zwangsgemeinschaft einer Belegschaft, besteht nun der Wunsch, die neugewonnene Freiheit auch zu genießen und ohne Zwang von außen neue Aktivitäten zu wählen. Gerade die Tatsache, dass sie keinen Verpflichtungen unterliegen und an den Netzwerkaktivitäten freiwillig teilhaben, scheint für sie besonders motivierend zu sein (63%). Damit wird u.a. auch der Selbstbestimmungscharakter der Arbeit, also ohne Zwang etwas zu tun, hervorgehoben. Das bestätigt die Theorien von Deci und Ryan (1993, 223), die ebenfalls die Selbstbestimmung als Schlüssel für die Entwicklung intrinsischer Motivation hervorheben. Ähnlich hoch bewertet wird das Gefühl, eine sinnvolle Arbeit zu leisten und Freunde gefunden zu haben. In diesem Zusammenhang auch die Ziele des Trägers zu unterstützen, wird von 49% als wichtig erachtet. 44% sehen Möglichkeiten, ihre Interessen zu verwirklichen. Spaß, Zwanglosigkeit, gepaart mit Interessenverwirklichung und Sinnerfüllung in einer Gemeinschaft scheinen die Stützpfiler der Netzwerkarbeit zu sein. Diese Ergebnisse werden durch die repräsentative Erhebung über „Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement“ aus dem Jahr 1999 (Infratest Burke) bestätigt. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass die meisten Befragten im Hinblick auf ihre ehrenamtliche Tätigkeit u.a. die Erwartung haben, dass die Tätigkeit „Spaß macht“, dass sie „mit sympathischen Menschen zusammenkommen“, „etwas für das Gemeinwohl tun“, „anderen Menschen helfen“ und „eigene Kenntnisse und Erfahrungen erweitern“ (S. 38). Auch die SIGMA-Studie (1999) zum Verhältnis der Generationen in der Bürgergesellschaft stellt fest, dass bei 52% der Älteren die Erwartung besteht, im Zuge bürgerschaftlichen Engagements „Spaß zusammen mit Gleichaltrigen zu haben“ (Rangplatz 4 auf einer Skala). Andere Erwartungen sind „anderen Menschen zu helfen“ (62%), „so akzeptiert zu werden, wie man ist“ (58%), „das Gefühl zu bekommen, gebraucht zu werden“ (56%).

Untersucht man die Gründe für den Netzwerkbeitritt nach Geschlecht, gibt es nur bei wenigen Antworten auffällige Unterschiede:

Die Männer betonen den Spaßfaktor und die Zwanglosigkeit etwas mehr als die Frauen. Ebenso streichen sie heraus, dass es ihnen wichtig ist, eine sinnvolle Arbeit zu machen und ihre Interessen verwirklichen zu können. Im Unterschied zu den Frauen betonen vor allem die Männer (58% versus 39% Frauen), dass sie ihre Interessen in der Netzwerkarbeit verwirklichen wollen. Ihre Motive sind daher eher egozentriert als die der Frauen. Selbstverwirklichung wird von 83% der Männer gegenüber 71% der Frauen als wichtiger Grund angegeben.

Bei der Motivierung von Netzwerkinteressenten, sich bürgerschaftlich zu engagieren, spielen Zielfindungs- und Einstiegsseminare eine entscheidende Rolle. Der Netzwerkarbeiter sollte daher über *Fähigkeiten der Seminarplanung, -durchführung und -evaluation* verfügen. Die Leitung von Gruppen verlangt spezielle didaktische Fähigkeiten und die Beherrschung eines entsprechenden *Methodenrepertoires*. Dementsprechend bieten sich die *biographische Selbstreflexion, die Moderationsmethode, szenische Verfahren, Methoden der Gestaltpädagogik und das Modell der Zukunftswerkstatt* an. Speziell für den Einstieg wurde von den Hauptamtlichen das Konzept der **Seminarreihe Kompass** entworfen.

4. These **Bürgerschaftliches Engagement braucht Strukturen**

Im Zuge eines Prozesses, der sowohl die Selbstorganisation der Betroffenen als auch die professionellen Unterstützungsleistungen der Pädagogen und Pädagoginnen einschließt, haben sich eine Reihe von Prinzipien herauskristallisiert, die für den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Netzwerkarbeit von besonderer Bedeutung sind:

- Wie oben bereits ausgeführt orientiert sich die Netzwerkarbeit an den Wünschen und Bedürfnissen der Netzwerker und setzt an den individuellen Ressourcen der Beteiligten an.
- Das im Netzwerk entfaltete Engagement richtet sich in seinen Inhalten und der individuellen Form (Umfang, Dauer) stets am Prinzip der Freiwilligkeit aus.

Das Engagement im Netzwerk ist selbstbestimmt. Zeitlich befristetes Engagement und der Wechsel von Tätigkeitsbereichen sind möglich und sogar erwünscht.

Diese Prinzipien spiegeln sich schließlich auch in einem 4-Schritte Modell wider, das in Anlehnung an Sylvie Kade entwickelt wurde und die Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements als Prozess selbstorganisierten Lernens in vier Entwicklungsphasen festhält:

Ich für mich - selbstorganisiertes Lernen Einzelner

Ich mit anderen für mich - selbstorganisiertes Lernen in Gruppen

Ich mit anderen für andere - Selbstorganisation im und für das Gemeinwesen

Andere mit anderen für mich - Selbstorganisation als Austausch von Hilfeleistungen

Die Freiwilligen können eigene Engagementfelder entwickeln im Gegensatz zu den Freiwilligenzentralen, die eine von den Verbänden, Institutionen und anderen Organisationen vorgegebene Angebotspalette bereit halten. Im Netzwerk werden die Akteure zu Konstrukteuren eigener Tätigkeitsfelder. Hier können sie ausprobieren, was sie immer schon einmal gerne machen wollten, der Phantasie und Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. So sind Erzählcafés, Wandergruppen, Geschichtswerkstätten, Handwerkergruppen, Kulturgruppen und vieles mehr entstanden.

Mit der Dauer der Netzwerkzugehörigkeit nimmt die Zahl derer zu, die in ehrenamtliche Tätigkeitsfelder integriert sind. Es bedarf offensichtlich einer bestimmten Eingewöhnungs- und Orientierungsphase, bis Menschen ein Feld bürgerschaftlichen Engagements für sich gefunden haben. Die wenigsten wissen bereits bei Netzwerkeintritt, was sie künftig tun wollen, wie, wo und für wen sie sich engagieren wollen. Sie benötigen Beratung, Erfahrungsaustausch, Informationen und einen Überblick über mögliche Tätigkeitsfelder

freiwilligen Engagements. Außerdem brauchen sie eine Art Probefeld und Experimentierphase, um für sich herauszubekommen, ob die Netzwerkarbeit ihren Interessen und Bedürfnissen entgegenkommt. In diesem Zusammenhang fällt der Weiterbildung mit Zielfindungsseminaren eine herausragende Rolle zu. Das Netzwerk bietet daher einen Rahmen, um in der Gemeinschaft mit anderen zu einer Willensbildung und Entscheidung zu kommen. An diesem Punkt liegt die Stärke eines Netzwerks im Unterschied z.B. zum Agenturcharakter einer Freiwilligenzentrale.

Diejenigen, die mehr als drei Jahre tätig sind, haben in der Regel ein Engagementfeld gefunden. Nach einem Jahr sind noch 32% ohne eine freiwillige Tätigkeit, nach 2-3 Jahren nur noch 19%.

So sind auf verschiedenen Ebenen Netzwerke entstanden:

1. Gruppen-Netzwerke der Freiwilligen auf der Ebene eines Stadtteils oder Stadtbezirks
2. Vernetzte Gruppen-Netzwerke, die durch die zentral gesteuerten Aktivitäten einer sog. Netzwerk- Werkstatt miteinander in Kontakt kommen
3. Professionelle Netzwerke (Kooperationsbündnisse der Hauptamtlichen), die trägerübergreifend funktionieren
4. Kommunale Netzwerke, die durch Zusammenkünfte von Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen (Politik, Wirtschaft, Kultur etc.) erreicht werden.

Gruppen-Netzwerke der Freiwilligen

Folien zu folgenden Punkten:

- a) Größe der Netzwerke
- b) Ressourcen und Kosten der Netzwerkarbeit
- c) Angebotsstruktur
- d) Umfang der Leistungen für sich und andere
- e) Effekte bürgerschaftlichen Engagements auf die Netzwerker
- f) Effekte auf die Organisationen

Professionellen-Netzwerke

- a) Leistungen der NetzwerkbegleiterInnen
- b) Arbeitszeit

Trägerkooperation

Netzwerke brauchen

- > **eine Mitte (d.h. einen Ort und einen zentralen Ansprechpartner)**
- > **Kontinuität**
- > **professionelle Strukturen**
- > **finanzielle Ressourcen**
- > **sachliche Ressourcen**
- > **neue Lernformen**
- > **Multiplikatoren**

- > **Zulauf**
- > **Öffentlichkeit**
- > **Offenheit**
- > **demokratische Strukturen**
- > **Verankerung im Gemeinwesen**
- > **Impulse zur Weiterentwicklung**
- > **Dynamik einer lernenden Organisation**

Was ist nun das Innovative an der Netzwerkarbeit?

Das Innovative an der Netzwerkarbeit nach dem Düsseldorfer Modell sind nicht unbedingt die einzelnen Elemente, durch die sie sich auszeichnet, sondern die Verbindung von Selbstsorge, sozialer Vorsorge und Fürsorge in einem professionellen Rahmen.

Zugleich besteht das Besondere an den Düsseldorfer Netzwerken

- in der Verschränkung von unterschiedlichen Netzwerktypen auf unterschiedlichen Ebenen,
- in der weitreichenden Trägerkooperation,
- in der Umsetzung eines Modells der “Lernenden Organisation” und der herausragenden Rolle der Fort- und Weiterbildung,
- und in den Partizipationsstrukturen.

Anmerkung:

(1) Bei dem hier beschriebenen Projekt handelt es sich um eine im Auftrag des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (MFJFG) des Landes NRW durchgeführte Evaluation (2001-2002) der Düsseldorfer Netzwerke zur Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements, die unter der Leitung von Prof. Dr. Volker Eichener und Prof. Dr. Veronika Fischer am Fachbereich 05 der FH Düsseldorf erstellt wurde.

Literatur

- Bundesministerium f. Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (1993): Erster Altenbericht der Bundesregierung. Bonn.
- Burmeister, Klaus, Canzler, Weert: Netzwerke und gesellschaftliche Praxis. Eine historische und perspektivische Betrachtung. In: Hagedorn u.a.(Hrsg.): Anders arbeiten in Bildung und Kultur. Kooprati on und Vernetzung als soziales Kapital. Weinheim/Basel 1994, S. 15-30.
- Castells, Manuel: Elemente einer Theorie der Netzwerkgesellschaft. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 2000, H. 41, S. 37-54.
- Dannenbeck, Clemens (1995): Im Alter einsam? Zur Strukturveränderung sozialer Beziehungen im Alter. In: Bertram, Hans (Hrsg.) (1995): a.a.O., S. 125- 156.
- Deci, Edward L. / Ryan, Richard M. 1993: Die Selbstbestimmungstheorie der Motivation und ihre Bedeutung für die Pädagogik, in: Z.f.Päd., Heft 2, S. 222-238
- Eichener, Volker / Fischer, Veronika 2002: Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements in einer Großstadt. Wissenschaftliche Evaluation der Altenarbeit der Düsseldorfer Netzwerkstatt. Forschungsbericht, erstellt am Fachbereich Sozialarbeit der FH Düsseldorf im Auftrag des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (MFJFG) des Landes NRW. Düsseldorf
- Deutscher Bundestag (Hg.) 1998: Zweiter Zwischenbericht der ENQUETE KOMMISSION Demographischer Wandel. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik. Bonn .
- Döring, N./ Bortz, J.1993: Einsamkeit in Ost- und Westdeutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS) Jg. 45, H. 3. 1993, S. 505-527.
- Infratest Burke / Projektverbund Ehrenamt (Hrsg.)1999 : Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Repräsentative Erhebung 1999. Überblick über die Ergebnisse. Untersuchung im Auftrag des BMFSFJ.
- Kade, Sylvia 1994: Altersbildung. Ziele und Konzepte. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Frankfurt a. M.
- Kade, Sylvia 1999: Neue Lernformen in der Altersbildung. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Unveröffentlichtes Manuskript
- Kade, Sylvia 2000: Volkshochschulen, in: Becker, Susanne u.a. (Hrsg.): Handbuch Altenbildung, a.a.O., S. 173-184
- Kade, Sylvia 2001: Selbstorganisiertes Alter - Lernen in „reflexiven Milieus“ unter Mitarbeit von Andreas Mader (Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung) Bielefeld
- Keupp, Heiner (1994): Ambivalenzen postmoderner Identität. In: U. Beck/ E. Beck-Gernsheim (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a.M., 336-350.

Keupp, Heiner 1996: Wer erzählt mir, wer ich bin? Identitätsofferten auf dem Markt der Narrationen. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 4, 39-64

Keupp, Heiner u.a. (1999): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Reinbek b. Hamburg

Pfaff, Konrad 2000: Auf dem beschwerlichen Weg zu einer Subjektkultur der Zukunft, in: Becker, Susanne u.a. (Hrsg.): *Handbuch Altenbildung*, a.a.O., S. 456-464

Saup, Winfried, Mayring, Philipp (1995) : Pensionierung. In: Oerter, Rolf/ Montada, Leo (Hrsg.): *Entwicklungspsychologie. Ein Lehrbuch*. 3. vollst. überarb. u. erw. Aufl. Weinheim, 1110-1115.

Schölkopf, Martin (2000): Demographische Entwicklung. In: Becker, S. u.a. (Hrsg.) *Handbuch Altenbildung. Theorien und Konzepte für Gegenwart und Zukunft*. Opladen, 50-60

Wendt, Wolf, Rainer (Hrsg.) 1991: *Unterstützung fallweise. Case Management in der Sozialarbeit*. Freiburg.

Wendt, Wolf Rainer: *Bürgerschaft und zivile Gesellschaft. Ihr Herkommen und ihre Perspektiven*. In: Wendt u.a.: *Zivilgesellschaft und soziales Handeln. Bürgerschaftliches Engagement in eigenen und gemeinschaftlichen Belangen*. Freiburg i. Breisgau 1996

Vernetzungsstrategien von Weiterbildungseinrichtungen: exemplarische Erfahrungsberichte

Karin Freese

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch ich möchte Sie hier zu dieser Veranstaltung von „KEBE“ ganz herzlich begrüßen. Mein Name ist Karin Freese und ich bin Mitarbeiterin der GesundheitsAkademie in dem Projekt „KEBE – Kompetenzentwicklung für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation“.

Eine Bestandserhebung der angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte im Rahmen des Antrages der CDU/CSU in der Enquete-Kommission „Fortbildungs-, Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen im Rahmen Bürgerschaftlichen Engagements“ hat ergeben, dass

Weiterbildungsangebote häufig verbandsintern realisiert werden, oft lediglich auf Hauptamtliche zugeschnitten sind, meistens abgegrenzt nebeneinander bestehen, häufig nicht aufeinander aufbauen und dass eine mangelnde Transparenz über bestehende Angebote vorherrscht.

Wie Prof. Dr. Adalbert Evers in seinem Vortrag bereits ausführte, empfiehlt die Enquete-Kommission zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement die Weiterentwicklung und den Ausbau von Qualifizierungsangeboten für freiwillig Engagierte sowie die Gründung von lokalen/regionalen Netzwerken.

KEBE hat sich daher in seinem Projekt neben der Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte auch Vernetzungen zum Schwerpunkt gemacht. Ziel des Projektes ist es, Impulse/Anregungen für ein regionales Qualifizierungsnetzwerk zu geben, in dem unterschiedlichste Weiterbildungseinrichtungen sowie Vereine, Initiativen und freiwillig Engagierte zusammenarbeiten.

Doch wie schon aus dem Vortrag von Prof. Dr. Veronika Fischer deutlich wurde, bedarf es konkreter Vorarbeiten und Bemühungen, um ein solches Netzwerk nachhaltig in einer Region etablieren zu können.

Wichtig dabei ist es, die Rahmenbedingungen zu klären: warum wer mit wem zu welchem Zweck und Ziel eine Vernetzung aufnimmt.

Eine erste Idee von KEBE war es nun, diesbezüglich von einem bereits existierenden Netzwerk regionaler Weiterbildungseinrichtungen zu lernen und von deren Erfahrungen und Vorgehensweisen aber auch aus den Fehlern und Rückschlägen für die nachhaltige Etablierung eines ähnlichen Netzwerkes hier in der Region zu profitieren.

Also begab ich mich auf die Suche nach einem solchen Qualifizierungsverbund von unterschiedlichen regionalen Weiterbildungseinrichtungen, die Maßnahmen für die Qualifizierung von freiwillig Engagierten anbieten.

Im Rahmen meiner Recherche konnte ich Kontakt zu den vielfältigsten Qualifizierungsnetzwerken für Bürgerschaftliches Engagement aufnehmen. Ich stieß auf unterschiedlichste Projekte, die von „losen“ Koordinationen über Kooperationen bis hin zu Vernetzungen reichten, das heißt von einem Prozess der Zuordnung und Koordinierung über eine geregelte Zusammenarbeit zur Erledigung einer gemeinsamen Aufgabe bis hin zu einem ständigen Austauschprozess.

Im Rahmen meines Vortrages möchte ich nun exemplarisch einige der recherchierten Projekte mit ihren unterschiedlichen Strategien der Vernetzung und Kooperationsbemühungen vorstellen.

Das Projekt: QuaBE

Das erste Beispiel ist aus Baden-Württemberg. Ein Bundesland, das, so kann man vielleicht sagen, eine Vorreiterrolle zum Thema Ehrenamt und landesweite Vernetzung einnimmt. Dieses Landesnetzwerk stellt ein „Netz von Netzen“ dar, in dem 44 Städte in einem Städtenetzwerk, 17 Landkreise in einem Landkreisnetzwerk, 21 Gemeinden in einem Gemeindeforschungsnetzwerk und über 70 Initiativen, Gruppen und Vereine engagiert sind. Dieses Landesnetzwerk wird über ein Landesförderungsprogramm seit 1996 finanziert. Die Verantwortung des Netzwerkes liegt bei der Arbeitsgemeinschaft für Bürgerschaftliches Engagement (AG/BE), deren Mitglieder das Sozialministerium, der Städtetag, der Landkreistag und der Gemeindeforschungstag sind.

Die Evaluation der 1. Phase des Landesnetzwerkes von 1996 - 2000 führte dazu, dass für die 2. Phase des Landesförderungsprogramms von 2001 – 2005 die Unterstützung von Lernprozessen im Vordergrund steht.

Innerhalb des Landesnetzwerkes wurde deshalb als ein wichtiges Element ein Qualifizierungsverbund unterschiedlicher Weiterbildungseinrichtungen (QuaBE) eingerichtet und finanziert.

QuaBE

Mitglieder des Qualifizierungsverbundes sind:

AG/BE, Paritätisches Bildungswerk Stuttgart, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) Frankfurt, Steinbeis-Transferzentrum an der FH-Ravensburg-Weingarten, Ev. FH-Freiburg, Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung, Landeszentrale für politische Bildung und Kommunalentwicklung Baden-Württemberg, seit 2001 auch der Trägerverbund der Freiwilligendienste: Caritas, Ev. Jugendwerk und Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung.

In diesem Qualifizierungsverbund werden von den Mitgliedern gemeinsam Qualifizierungsformen für freiwillig Engagierte entwickelt und initiiert, sogenannte Lernbausteine. Als Lernbausteine werden im weitesten Sinne alle Maßnahmen gefasst, die dazu dienen, die Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement zu verbessern, nachhaltig zu gestalten und langfristig abzusichern.

Diese Lernbausteine wurden in einer Art Pilotfunktion im Jahr 2000 in ca. 15 Städten und Landkreisen mit ca. 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt und auch evaluiert. Aus der Evaluation der zahlreichen Lernbausteine konnten sowohl konkrete Bedingungen für Qualifizierungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte als auch die Wirkung der Qualifizierungsmaßnahmen auf Bürgerschaftliches Engagement aufgezeigt werden.

Bezüglich der Rahmenbedingungen für Lernbausteine ergaben sich aus der Evaluation 5 Aspekte:

Es sollte sich um einen übergreifenden Ansatz handeln; das heißt, die Maßnahmen sollten unter Einbezug möglichst vieler unterschiedlicher Akteure stattfinden.

Die Maßnahmen sollten lokale Bezüge aufweisen; das heißt, bestehende Initiativen und Einrichtungen sollten beteiligt werden.

Die Öffentlichkeit sollte eingebunden werden; das heißt, die breite Öffentlichkeit sollte mit dem Gesamtanliegen vertraut gemacht werden.

Die Maßnahmen sollten verschiedene Dimensionen umfassen; das heißt, sowohl

Kompetenzen vermitteln, Haltungen vertiefen, Strukturen und Institutionen weiterentwickeln, Leitbilder erarbeiten sowie die lokale Infrastruktur stärken.

Es sollte eine beteiligende Vor- und Nachbereitung stattfinden; das heißt es sollte sowohl eine Mitwirkung von freiwillig Engagierten bei der Planung als auch eine anschließende Evaluation stattfinden.

Als Wirkungen dieser initiierten Lernbausteine des Qualifizierungsverbundes (QuaBE) konnten benannt werden:

Es fand eine bessere regionale Zusammenarbeit/Kooperationen/Vernetzung von freiwillig Engagierten, Verbänden, Vereinen, Institutionen u. a. statt.

Es wurden neue Mitwirkende gewonnen, sei es aus der Bürgerschaft, sei es in öffentlichen Verwaltungen oder bei freien Trägern (Multiplikatoreneffekt).

Es kam zu einer Stärkung und Würdigung der freiwillig Engagierten durch die Qualifizierungsmaßnahmen.

Es wurde eine Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement beobachtet (z. B. die Einrichtung eines Stadtteil-Bürgerbüros, die Bildung einer Stadtteilkonferenz).

Es kam zu einer breiten öffentlichen Aufmerksamkeit für Bürgerschaftliches Engagement.

Es wurde ein exemplarisches Lernen für andere Maßnahmen und Projekte möglich.

Abschließend kann also gesagt werden, dass die Entwicklung, Durchführung und Evaluation von gemeinsam konzipierten Lernbausteinen innerhalb eines Qualifizierungsverbundes einen großen Beitrag zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement liefert.

Eine landesweite Vernetzung von unterschiedlichen Weiterbildungseinrichtungen ins Leben zu rufen, die gemeinsam ein Qualifizierungskonzept entwickeln, unterscheidet sich jedoch stark von der Idee, regionale, konkurrenzgeladene Weiterbildungseinrichtungen an einen Tisch zu holen und miteinander zu vernetzen.

Ein Trägerverbund in Frankfurt

Ich wurde deshalb an die Stadt Frankfurt verwiesen, mit dem Hinweis dort sei vor ca. einem Jahr tatsächlich ein regionaler Trägerverbund initiiert worden. Diesem Trägerverbund gehören ca. 40 unterschiedliche Vereine, Institutionen, Verbände und Weiterbildungseinrichtungen an. Die Koordination liegt bei dem BüroAktiv. Die Finanzierung findet über das Land Hessen statt.

Während eines ausführlichen Gesprächs in Frankfurt informierte ich mich über die Entwicklung des Trägerverbundes dort. Man berichtete mir, dass der Aufbau eines solchen Netzwerkes nicht nur von Seiten der Weiterbildungseinrichtungen mit sehr viel Skepsis und Argwohn betrachtet worden sei, auch die Initiatoren selbst hegten größte Befürchtungen die Frankfurter extrem konkurrenzgeladene Weiterbildungsszene an einen Tisch zu holen.

Allen Befürchtungen zum Trotz zeigen die ersten Erfahrungen in der gemeinsamen Zusammenarbeit Wohlwollen und Engagement. Es wurde ein erstes gemeinsames Weiterbildungsprogramm auf den Weg gebracht. Weiterhin konnte ein trägerübergreifendes Angebot initiiert werden (für das letzte Quartal 2002 wurden 5 Seminare gemeinsam von unterschiedlichen Institutionen angeboten). Außerdem wurde die Öffnung von verbandsinternen Weiterbildungsangeboten für freiwillig Engagierte auch für Nichtmitglieder erreicht.

Allerdings muss erwähnt werden, dass wohl nicht allein der gute Wille der Einrichtungen eine maßgebliche Rolle für die Umsetzung dieser Vernetzungsstrategien spielt sondern, auch die Landesgesetzgebung.

So wird über die hessische Landesgesetzgebung versucht, die Qualifizierung von Engagierten in Kommunen zu koordinieren, um sowohl eine inhaltliche und organisatorische Vernetzung zu erzielen, als auch Doppelmaßnahmen zu vermeiden.

Das hat zur Konsequenz, dass eine finanzielle Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte nur auf der Basis eines gemeinsamen Weiterbildungsprogramms erfolgt, dem eine Bedarfserhebung zugrunde liegt und das die Trägerpluralität berücksichtigt.

Das Qualifizierungskonzept in Bad Homburg

In Frankfurt verwies man mich auf Bad Homburg, wo dieses von der Landesregierung ins Leben gerufene Qualifizierungskonzept von der Herbert-Quandt-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Bad Homburg von 1999 – 2001 umgesetzt wurde.

Neben einem gemeinsamen Weiterbildungsprogramm wurde hier auch ein gemeinsames Kurskonzept entwickelt.

Begonnen wurde die Umsetzung des Landesqualifizierungskonzeptes in Bad Homburg mit einer regionalen Qualifizierungsaufnahme. Das heißt, es wurden sowohl eine Bedarfs- als auch eine Bestandserhebung durchgeführt. Daraufhin wurde eine Vernetzung unterschiedlichster Weiterbildungseinrichtungen initiiert.

Die Auswahl der Kooperationspartner des Netzwerkes fand aufgrund folgender Aspekte statt: Die Institutionen sollten über Erfahrungen im Bereich der Erwachsenenbildung verfügen.

Sie sollten eine organisatorische Kompetenz (Seminarverwaltung) aufweisen.

Sie sollten über Räumlichkeiten und Unterrichtsmittel verfügen.

Sie sollten auf qualifizierte Kurs- und Seminarleiter zugreifen können.

Es sollte ein gutes Preis-/Leistungsverhältnis für freiwillig Engagierte bestehen.

Ziel des Netzwerkes sollte es sein, das Bürgerschaftliche Engagement zu fördern und Bürger für ein Engagement zu motivieren.

In der Kurskonzeption fand bezüglich der Zielgruppe besonders die Offenheit gegenüber allen Arten von Vereinen und Initiativen Berücksichtigung.

Die 1. Seminarreihe begann Ende August 1999 und endete im Dezember 1999. Wegen der starken Nachfrage wurden jeweils zwei weitere Seminarprogramme im Frühjahr und im Herbst in den Jahren 2000 und 2001 angeboten.

Insgesamt wurden 69 Seminare mit 590 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt.

Die Evaluation dieser gemeinsam konzipierten Qualifizierungsmaßnahmen ergab:

eine bessere Qualität der Kurse,

eine bessere inhaltliche Abstimmung,

eine gute Berücksichtigung der besonderen Belange von freiwillig Engagierten und einen unmittelbaren Nutzen für freiwillig Engagierte für die tägliche Arbeit in den Institutionen.

Insbesondere wurde die Möglichkeit des träger- und institutionsübergreifenden Erfahrungsaustausches von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gelobt und die Fortführung dieser gemeinsamen Kurskonzeption wurde gewünscht.

Die Stadt Bad Homburg hat sich aufgrund der positiven Resonanz bereit erklärt, das Projekt „Fortbildung im Ehrenamt“ ab 2001 mit eigenen finanziellen Mitteln zu unterstützen.

Das Qualifizierungsnetzwerk in der Bodenseeregion

Da die dortigen Bedingungen sich von den hiesigen bezüglich der finanziellen Förderung und der Landesgesetzgebung maßgeblich unterscheiden, begab ich mich weiter auf die Suche eines regionalen Qualifizierungsnetzwerkes und landete in der Bodenseeregion.

Dort führte ich ein Gespräch mit der Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement mit Sitz an der FH-Weingarten, die ebenfalls auf jahrelange Erfahrungen mit Vernetzungsstrategien unterschiedlicher Weiterbildungsinstitute zurückschauen kann. Hier wurde mir mitgeteilt, dass sich derartige Netzwerkstrategien nicht lohnen, da Weiterbildungseinrichtungen kaum zu Kooperationen zu bewegen seien und zumeist nicht einmal ein Interesse daran hätten, Qualifizierungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte überhaupt in ihrem Programm mit aufzunehmen. Diese bornierte Szene der Weiterbildungsträger sei nur gemeinsam an einen Tisch zu holen, wenn Gelder flößen, so die Aussage der Bodenseeregion. Sobald dieses nicht mehr der Fall sei, würden die Vernetzungsbemühungen scheitern. Hier wurde mir sodann der Rat erteilt, Vernetzungsstrategien zwischen Weiterbildungseinrichtungen zu verwerfen, da sie viel zu aufwändig und arbeitsintensiv und zum Scheitern verurteilt seien.

Ein Telefonat, das es in sich hatte

Mit einer schockierenden Ehrlichkeit wurde ich dazu angeregt, nicht nur darüber nachzudenken, was es für die Förderung einer Vernetzungsbereitschaft bei Weiterbildungsinstituten bedürfe, sondern auch darüber nachzugrübeln, wann ein Vorhaben gestrichen werden sollte und wo die Grenzen des Machbaren lägen. Doch ganz so schnell wollte ich mich nicht entmutigen lassen. Den Vernetzungserfolg „der Hessen“ im Kopf machte ich mich weiter auf die Suche nach nachhaltig etablierten regionalen Netzwerkstrukturen zwischen unterschiedlichen Weiterbildungseinrichtungen und erinnerte mich an den Hinweis aus Frankfurt, dass in Heidelberg solche Vernetzungsbemühungen seit langem vorangetrieben würden.

Die Vernetzungsbemühungen in Heidelberg

Leider wurde mir aus Heidelberg mitgeteilt, dass eine solche Idee im Paritätischen Bildungswerk seit langem präsent sei, aber noch keine Vernetzung stattgefunden habe. Angestrebt werde für das Jahr 2003 sowohl eine Bestands- als auch eine Bedarfserhebung von Qualifizierungsangeboten für freiwillig Engagierte. Auf dessen Grundlage solle eine Vernetzung und eine Angebotsinfrastruktur mit unterschiedlichen Weiterbildungseinrichtungen entwickelt werden, ein ähnliches Vorhaben und Vorgehen wie in Bad Homburg. Ich startete deshalb eine neue Internetrecherche und landete im Projekt Ruhr.

Das Projekt Ruhr

Das Projekt Ruhr wird vom Land NRW und dem Europäischen Sozialfonds gefördert und ist im August 2002 mit einer Laufzeit von zwei Jahren gestartet. Das Projekt hat sich sowohl die Entwicklung von Qualifizierungsmodulen als auch die Vernetzung von regionalen Weiterbildungseinrichtungen in Form einer Lernallianz zum Schwerpunkt gemacht. Die Koordination des Vorhabens liegt beim Centrum für Bürgerschaftliches Engagement (CBE) in Mülheim und der Universität Essen. Über ein Gespräch erfuhr ich, dass bereits einige Gedanken und Ideen zum Thema Vernetzung umgesetzt werden. So hat ein erstes Regionaltreffen mit unterschiedlichen Weiterbildungseinrichtungen im November stattgefunden.

Auch hier wurde die Erfahrung gemacht, dass die erwarteten Schwierigkeiten, Weiterbildungsträger an einen Tisch zu holen, nicht eingetroffen sind und die ersten Vernetzungsversuche reibungsloser verliefen als zuvor befürchtet, ein ähnlicher Stand der Bemühungen wie in Frankfurt oder auch Heidelberg, weshalb ich mich weiter auf die Suche nach einem schon länger existierenden Weiterbildungsnetzwerk begab.

Das Netzwerk in Stuttgart

Ich landete wieder in Baden–Württemberg, in Stuttgart. In einer Stadt, in der ein Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement existiert und innerhalb dessen es eine Vernetzung regionaler Weiterbildungseinrichtungen gibt. In einem Gespräch erfuhr ich dann leider, dass diese Vernetzung zurzeit nicht über ein gemeinsames Weiterbildungsprogramm unter Leitung der VHS hinausgeht. Es finden darüber hinaus zwar partiell Kooperationen statt, bislang ist es aber noch nicht zu einer dauerhaft etablierten Vernetzungsstrategie gekommen. Die dortige Erfahrung der letzten drei Jahre Praxisarbeit zeigt, dass Vernetzungen und Kooperationen politisch zwar hochgeschrieben werden, aber der tatsächliche Koordinierungsaufwand so hoch ist, dass er kaum leistbar und wenig effektiv erscheint. Als Problem wurde einerseits die klassische Auffassung von Bildung gesehen, wo Qualifizierungsmaßnahmen für Bürgerschaftliches Engagement nicht hineinpassen. Andererseits wurden die strukturellen Probleme (wie Konkurrenz, Kosten, Zielgruppe) benannt, ähnliche, wenn auch nicht ganz so dramatische Erfahrungen, wie in der Bodenseeregion.

Die Kooperationsbemühungen in Berlin

Ich startete einen letzten Versuch über die Landesgrenzen von Baden–Württemberg hinaus. Meine Recherche endete in Berlin bei der Akademie für Ehrenamtlichkeit. Dort fand ich neben einem vielfältigen Angebot zu Qualifizierungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte auch Vernetzungsbemühungen zwischen den unterschiedlichen Weiterbildungseinrichtungen. Diese Kooperationen reichen von kurzfristig angelegter Projektarbeit bis hin zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit zur Verfolgung langfristiger Perspektiven. So wurde z. B. gemeinsam ein Ausbildungsgang „Freiwilligen Management“ entwickelt. Eine weitere Form der Zusammenarbeit findet in Form eines „runden Tisches“ statt, der ca. alle 3 – 4 Monate tagt. In einem Gespräch wurde mir mitgeteilt, dass gemeinsam am „runden Tisch“ ein Austausch über Qualifizierungsinhalte und Qualitätssicherung durchgeführt werde. Hier steht also nicht so sehr die Erstellung eines gemeinsamen Weiterbildungsprogramms, das heißt die Koordinierung der regionalen Qualifizierungsmaßnahmen, im Vordergrund, sondern vielmehr geht es hier auch um die Entwicklung von gemeinsamen Qualitätsstandards.

Fazit

Insgesamt lässt sich festhalten, dass bundesweit die Szene ganz „rührig“ ist. In vielen unterschiedlichen Regionen finden Vernetzungsbemühungen auf unterschiedlichen Ebenen sowohl landesweit als auch auf regionaler Ebene statt.

Der Erfahrungsbericht zeigt, dass Vernetzungsbestrebungen nicht ganz einfach sind und arbeitsintensiv sein können, aber einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement leisten.

Dennoch stellt sich die Frage, wo denn der tatsächliche Nutzen eines Qualifizierungsnetzes liegt und wie eine nachhaltige Etablierung eines Netzwerkes erreicht werden kann?

Führt man nun die Erfolge und Wirkungen aus den unterschiedlichen Projekten zusammen, so lässt sich feststellen, dass Netzwerke

Synergien bündeln,

Transparenz schaffen,

Orientierung bieten,

die Wirksamkeit der vielfältigen, nebeneinander stehenden Bildungsangebote erhöhen,

Lücken aufzeigen,

neue Angebote anregen,

aufeinander bezogene Angebote anregen,

die Entwicklung und Sicherstellung von Qualitätsstandards für Bildungsmaßnahmen fördern,

einen besseren Informationsfluss garantieren,

ein Voneinander-Lernen bieten,

Konkurrenzen abbauen und

innovative Impulse zur Förderung von Engagement und lebenslangem Lernen initiieren.

Aber, das zeigt die Analyse der unterschiedlichen Netzwerkstrukturen auch, es gilt zu

beachten, dass Netzwerke keine Selbstläufer sind. Netzwerkarbeit ist von einer

Gratwanderung zwischen bewusst gewolltem, informellen Charakter und notwendiger

Regelmäßigkeit und Verbindlichkeit des Austausches geprägt.

Um ein Netzwerk nachhaltig zu etablieren, sind daher spezifische Bedingungen notwendig.

Die Autonomie und Heterogenität der beteiligten Gruppen muss Berücksichtigung finden.

Gegenseitiges Vertrauen und Offenheit sind notwendig für eine effektive Arbeitsatmosphäre, das heißt Konkurrenzen müssen abgebaut werden.

Konkrete Vereinbarungen müssen getroffen werden und die Verbindlichkeit von

Vereinbarungen muss gewährleistet sein.

Tragfähige Informations- und Kommunikationsstrukturen müssen installiert werden, um

einen Informationsfluss und eine Transparenz gewährleisten zu können.

Die Bereitschaft der Einzelnen, Zeit aufzuwenden, muss eingebracht werden.

Der Erfolg von Netzwerkbestrebungen ist also in einem großen Maße von einem Balanceakt zwischen individuellem Nutzen und Arbeitsaufwand abhängig.

Das heißt, soll sich ein Netzwerk zu einer win-win-Situation für alle Beteiligten entwickeln, müssen diese spezifischen Herausforderungen bedacht und bewältigt werden.

KEBE hat sich u. a. zur Aufgabe gemacht, ein solches Netzwerk zu initiieren und möchte dieses mit Ihnen gemeinsam entwickeln und erproben.

Für die näheren Ausführungen zum Projekt KEBE gebe ich nun an meinen Kollegen, Herrn Hölling ab.

Kompetenz-Entwicklung für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

KEBE – ein regionales Modellprojekt stellt sich vor

Günter Hölling



KEBE in Kürze

Zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements vorrangig in neuen Handlungsfeldern wie Selbsthilfe, Gesundheit, Umwelt und Frauenpartizipation gibt es eine gemeinsame Initiative. Im Rahmen des Modellprojekts „RegioNet-OWL“ und „Lernende Regionen“ wird ein Teil-Projekt „**KEBE - Kompetenz-Entwicklung für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation**“ mit folgenden Elementen realisiert:

KEBE - Kurs ⇒ Weiterbildungskurse in einem vierteiligen Zyklus beinhalten Qualifizierungs-Module zu den Themenbereichen Soziale Kompetenz, Organisatorische Kompetenz, Medien- Kompetenz und Inhaltliche Kompetenz.

KEBE - Netz ⇒ Das Kompetenz-Netz für Engagement und Partizipation soll eine regelmäßig aktualisierte Zusammenstellung von Aktivitäten, Terminen, Veranstaltungen, Ansprechpersonen mit ihren Kompetenzen für die beschriebenen Handlungsfelder in der Region Ostwestfalen-Lippe hervorbringen.

Um wen geht es bei KEBE?

Die einzelnen Module der Kompetenz-Entwicklung bieten eine Reflexion der Tätigkeit und gleichzeitig Handwerkszeug für bürgerschaftlich oder ehrenamtlich engagierte Menschen, die sich stärker mit dem Hintergrund und Gestaltungsmöglichkeiten ihrer Arbeit befassen wollen. Adressaten des KEBE-Kurses sind InteressentInnen vor allem in sog. „Neuen Bereichen“ Bürgerschaftlichen Engagements, die Antworten auf viele Fragen im Zusammenhang mit ihrem Engagement suchen. Der Kurs kann ihnen sowohl einen Überblick verschaffen als auch in einzelnen Segmenten eine konkrete Unterstützung durch entsprechende Praxiserfahrung.

In den Handlungsbereichen des sog. Neuen Ehrenamtes gibt es derzeit noch keine adäquaten Angebote für InteressentInnen oder Engagierte. In der Region OWL bestehen hierfür aber differenzierte Handlungsfelder. Für Selbsthilfe, Gesundheit und Umwelt engagieren sich viele Menschen, die nicht unbedingt den traditionellen Bildungsanbieter für ihre Qualifizierung aussuchen oder bisher keinen Zugang dazu hatten. Frauen wie Männer profitieren von diesem Angebot, das auch geschlechtsspezifische Aspekte des Engagements berücksichtigt u.a. durch Beteiligung von Gruppen, die diesen Arbeitsansatz besonders betonen.

Impulse und Innovationen aus der Praxis von Initiativen und Vereinen

Wie können neue aktive Mitglieder gewonnen werden? Wie kann die ehrenamtliche Arbeit verbessert werden? Wie steigt die Zufriedenheit? Diese und ähnliche Fragen bewegen viele Vereine und Initiativen, Gruppen und auch engagierte Einzelpersonen.

Die in der Planungsphase beteiligten Projekt-Partner sehen in der Kompetenz-Förderung und Qualifizierung von Menschen, die sich vor allem in den neuen Feldern des Bürgerschaftlichen Engagements betätigen (wollen), einen wichtigen Beitrag für die Lernende Region OWL. Dieser Bereich ist bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden in der Bildungslandschaft. Neben fehlenden adäquaten Angeboten zeichnet sich dieser Bereich aus durch eine neue Form des Engagements, die auch bei der Angebotsentwicklung berücksichtigt werden muß.

Die beteiligten KooperationspartnerInnen agieren bildungsbereichsübergreifend und nutzen die Kompetenzen der Akteure in den verschiedenen praktischen Handlungsfeldern. Die neu aufzubauenden nachhaltigen Infrastrukturelemente sind das Kompetenz-Netz für Partizipation und Bürgerschaftliches Engagement in OWL sowie das abgestimmte Kursprogramm, das von verschiedenen Trägern entwickelt und durchgeführt wird. Bei der Realisierung gibt es enge Bezüge zu dem Teilprojekt „Medienbildung und e-Kompetenz“ in RegioNet-OWL.

Warum KEBE ?

Für die Entwicklung und Realisierung des Teil-Projektes KEBE gibt es mehrere Gründe:

- ◆ Das Teil-Projekt KEBE greift die Bedürfnisse nach Kompetenz-Entwicklung im Bereich Bürgerschaftlichen Engagements in einem umfassenden und strukturierten Angebot auf.
- ◆ KEBE verbindet in einem aufeinander abgestimmten Prozess Elemente des inhaltlichen und sozialen Lernens sowie die Vermittlung von Medien-Kompetenz.
- ◆ KEBE orientiert sich innovativ an den neuen und sich verändernden Wünschen der engagementbereiten Menschen hinsichtlich Dauer und Ort des Engagements.
- ◆ KEBE vernetzt Bildungs- und Handlungspartner in der Region und ermöglicht eine teilnehmerInnenorientierte Ausgestaltung des Angebotes.
- ◆ KEBE organisiert bildungsbereichsübergreifend ein Modul-System zur Kompetenz-Entwicklung mit Praxis-Bezügen zu verschiedenen Handlungsfeldern.
- ◆ KEBE ermöglicht mit der Zertifizierung der Weiterbildungskurse einen Standard für die ehrenamtliche Tätigkeit sowie für die berufliche Arbeit bzw. Bewerbung.
- ◆ KEBE entwickelt und aktualisiert ein Kompetenz-Netz für Engagement und Partizipation in der Region OWL als Plattform für wechselseitige Information und Kommunikation.
- ◆ KEBE will eine trägerübergreifende Entwicklung und Qualifizierung von ehrenamtlicher und korrespondierender beruflicher Tätigkeit mit Optimierung der Ressourcen initiieren.
- ◆ KEBE wird ein offenes Netz für die Region OWL herstellen und gleichzeitig die Übertragbarkeit auf andere Regionen sicherstellen.
- ◆ KEBE greift die aktuelle gesellschaftspolitische Diskussion auf (u.a. Bundestags-Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement, Internationales Jahr der Freiwilligen).

Kooperation, Netzwerkarbeit, Transparenz

An der Realisierung der Weiterbildungskurse und des Kompetenz-Netzes sind verschiedene PartnerInnen im RegioNet OWL beteiligt. Das Netzwerk der PartnerInnen besteht aus Trägern der politischen Bildung und der beruflichen Weiterbildung, der öffentlichen Hochschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken sowie aus sozio-kulturellen Gruppen und Initiativen.

Die Weiterbildungs-Module „Soziale Kompetenz“ und „Organisatorische Kompetenz“ werden von dem Weiterbildungsträger Paritätisches Bildungswerk NRW entwickelt und angeboten. Das Modul „Medien- Kompetenz“ wird von Arbeit & Leben e.V. als Träger der Politischen Bildung mit seinem innerhalb von RegioNet OWL entwickelten Teil-Projekt „Medienbildung und e-Kompetenz“ verantwortlich betreut und das Modul „Inhaltliche Kompetenz“ von den beteiligten sozio-kulturellen Gruppen, die den jeweiligen inhaltlichen Bereich repräsentieren (so z.B. die GesundheitsAkademie e.V. für den Gesundheitsbereich, BIKIS und LiKISS für den Selbsthilfebereich und das Umweltzentrum e.V. für den Umweltbereich).

Die Beteiligung der Universität Bielefeld mit der gesundheitswissenschaftlichen und der pädagogischen Fakultät ermöglicht einen intensiven fachlichen Austausch und wichtige Unterstützung bei der Evaluation des Teil-Projektes.

Mit der Stadtbibliothek Bielefeld ist eine adäquate Mediennutzung im öffentlichen Lese- und Ausleihbereich entsprechend der Themen der Weiterbildungsmaßnahme verabredet und eine exemplarische Verknüpfung mit ihrem Projekt „Wissenspool Gesundheit 2002“.

Die spezifischen Ansätze des Gender mainstreaming sollen besonders durch die Einbeziehung des Vereins Frauen fördern Frauen e.V. gefördert werden. Außerdem sehen viele engagierte Frauen gerade im Gesundheitsbereich den Nutzen einer geschlechterdifferenzierten Sicht- und Handlungsweise.

Weitere Kooperationspartner können aus anderen Projekt-Bereichen kommen. So ist z.B. die Kooperation mit dem Zentrum für Innovation im Gesundheitswesen ZIG geplant, das einen Zugang zu den Institutionen des Gesundheitswesens hat und zu den dortigen Beschäftigten, die Kontakt mit ehrenamtlich Tätigen haben.

Offenheit, Nachhaltigkeit und Transfer

Die genannten PartnerInnen des Teil-Projektes gewährleisten einerseits eine nachhaltige Verankerung in der Region und sind andererseits offen für weitere PartnerInnen. Gerade die Verzahnung von Bildungseinrichtungen mit sozio-kulturellen Gruppen und Initiativen ermöglicht eine breite Akzeptanz des Angebotes in der Region. Exemplarisch soll für das Modellprojekt die inhaltliche Kompetenz auf Selbsthilfeunterstützung, Gesundheitsförderung und Engagement im Umweltbereich focussiert werden. Später sind weitere Themen und damit auch potentielle TeilnehmerInnengruppen integrierbar. Durch diese Variation der Module bei gleichbleibender Grundstruktur soll eine Übertragbarkeit des Teil-Projektes und gleichzeitig eine breite bildungsbereichs- und trägerübergreifende Kooperation und Infrastruktur bei der Realisierung von KEBE gesichert werden.

Durch die Schaffung einer Informations- und Kommunikationsplattform für InteressentInnen und Aktive im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements soll darüberhinaus ein Kompetenz-Netz in der Region zu den verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt werden. Dadurch sollen Bildungs- und Beteiligungsangebote zeitnah und bedarfsgerecht offeriert, Veranstaltungen rechtzeitig publik gemacht, persönliche Kompetenzen in den Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements vermittelt und Kontakte mit weiteren Akteuren und Netzwerken in der Region ermöglicht werden. Dieses Kompetenz-Netz OWL soll die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen über die Kursangebote hinaus nachhaltig fördern.

Das Teil-Projekt lässt sich auf andere Regionen übertragen und in die bildungspolitische Perspektive des Landes einordnen. Nach dem internationalen Jahr des Ehrenamtes und den mannigfaltigen Bemühungen, Menschen bei ihrem Engagement zu unterstützen, ist die Kompetenz-Entwicklung in diesem Bereich ein wichtiges Instrument. Dies wird auch von der Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement des Bundestages so gesehen. Die Kommission hat Mitte des Jahres 2002 ihren Abschlussbericht dem Parlament vorgelegt. Darin wird die Qualifizierung bürgerschaftlichen Engagements aus verschiedenen Gründen unterstützt. Dabei geht es um eine Form der Anerkennung, der Professionalisierung und der Integrationsfähigkeit in den Arbeitsmarkt. Verwiesen wird auf ausländische Erfahrungen mit der selbstverständlichen gesellschaftlichen Wertschätzung des Engagements, verbunden mit einer entsprechenden Bevorzugung auf dem Arbeitsmarkt.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine demokratische und partizipative Einflussnahme auf die Lebensbedingungen in der Gemeinschaft oder Gesellschaft. Engagierte Menschen bringen Kreativität und Kontinuität, Visionen und Verlässlichkeit zusammen zum Nutzen ihrer Mitmenschen, ihrer Umwelt und ihrer selbst. Sie verdienen hierfür zumindest eine optimale Unterstützung und ein gut entwickeltes Qualifizierungsangebot. Bildungsmaßnahmen sollten deshalb im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements vorrangig von den Organisationen bezahlt werden, die damit die Bereitschaft und Wirksamkeit ihrer ehrenamtlich engagierten MitarbeiterInnen belohnen.

KEBE – Kurs

Das Weiterbildungsangebot von KEBE ist in vier Module eingeteilt, die frei gewählt werden können. Die Module umfassen jeweils 10 Einheiten à 3 Unterrichtsstunden sowie zwischenzeitliche Selbstlernphasen. Die Module „Soziale Kompetenz“, „Organisatorische Kompetenz“ und „Medien-Kompetenz“ sind für alle TeilnehmerInnen in den Grundzügen identisch. Das Modul zur „Inhaltlichen Kompetenz“ variiert je nach Zugang und Interesse der TeilnehmerInnen z.B. über den Themenbereich Selbsthilfe, Gesundheit, Umwelt etc.. Die Inhalte der Module sind erfahrungs- und handlungsorientiert und orientieren sich an den jeweiligen Bedürfnissen der TeilnehmerInnen, u.a. durch Berücksichtigung der Befragung.

Der methodische Ansatz reicht entsprechend den Anforderungen des Engagements von der Wissensvermittlung durch schriftliche Materialien über einen Erfahrungsaustausch bis zu konkreten Übungen. Selbstlernphasen wechseln sich ab mit moderierten Unterrichtseinheiten.

InteressentInnen sollen auch durch direkte Beteiligung an der Auswahl der Kurs-Inhalte motiviert und gewonnen werden. Konzeptentwicklung und Antragsvorbereitung beziehen deshalb eine Befragung der potentiellen TeilnehmerInnen in der Region mit ein (siehe 10.).

Für die Teilnahme am Weiterbildungs-Programm wird ein Zertifikat ausgestellt. Das Zertifikat soll öffentlich bekanntgemacht werden und den Zertifizierten sowohl bei ehrenamtlicher als auch bei der Suche oder Ausübung beruflicher Arbeit nützlich sein.

KEBE – Netz

Das Kompetenz-Netz OWL für bürgerschaftliches Engagement und Partizipation soll die nachhaltige Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements fördern und dabei die Angebote der Qualifizierung, Information sowie der Austausch- und Mitmachmöglichkeiten vermitteln.

Dieses Kompetenz-Netz OWL ist das zweite Element der Zukunfts-Initiative KEBE und stellt eine notwendige Ergänzung zu der eingangs beschriebenen Weiterbildungsmaßnahme dar.

Mit diesem Netzwerk soll

- ◆ die Zusammenarbeit in der Region hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements und der Partizipation verbessert werden,
- ◆ eine perspektivische Bündelung verschiedener Ansätze der Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit erfolgen,
- ◆ ein leicht zugänglicher und verständlicher elektronischer Informations-Dienst zur Veröffentlichung von Veranstaltungen und Kursen in der Region OWL entstehen,
- ◆ eine schnelle und effektive Entwicklungsplattform für Aktive im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements und der Partizipation aufgebaut werden,
- ◆ die Kompetenz vieler Bürgerinnen und Bürger produktiv in einen wechselseitigen Austausch ihrer Fähigkeiten und ihres Wissens gestärkt werden,
- ◆ die Kooperation mit anderen Akteuren und Netzwerken z.B. in weiteren inhaltlichen Themenbereichen entwickelt werden,
- ◆ die Verbindung von Bildungsträgern, soziokulturellen Gruppen und Verbänden in einem regionalen Zusammenhang verstetigt werden,
- ◆ lebensbegleitendes Lernen über vielfältige Angebote und Unterstützungen auch in dem Bereich bürgerschaftlichen Engagements selbstverständlich werden.

Die Entwicklung, Erprobung, Implementation und Evaluation dieses Kompetenz-Netzwerks OWL ist eine wesentliche Aufgabe im Rahmen der Zukunfts-Initiative KEBE.

Dazu wird mit den genannten Projektpartnern sowohl in inhaltlicher als auch technischer und organisatorischer Hinsicht eine langfristige Kooperation angestrebt. Entsprechende Aufgaben sind z.B. mit Arbeit & Leben bezüglich der Nutzung der elektronischen Plattform bereits abgesprochen. Die träger- und bildungsbereichsübergreifenden Aktivitäten sollen eine breite Akzeptanz und Ansprache der möglichen InteressentInnen und NutzerInnen bewirken und eine nachhaltige Strukturentwicklung in der Region ermöglichen.

Das Kompetenz-Netz ist als offenes Netz geplant, an dem sich viele Akteure beteiligen können und an dem man sich auch leicht beteiligen kann. Der große Nutzen wird in der aktuellen Darstellung der Aktivitäten und Angebote bestehen sowie in der Verbindung mit anderen interessanten Veröffentlichungen auf der Ebene des Redaktionssystems der elektronischen Plattform „webwecker“. Die interessierten und engagierten Menschen in der Region werden dieses Kompetenz-Netz auch als ihr Netz nutzen können, um sich ihre Arbeit zu erleichtern und auf mehrere Schultern kompetent zu verteilen.

Gibt es einen Bedarf ?

Durch eine in der Planungsphase durchgeführte Befragung der potentiellen TeilnehmerInnen an neuentwickelten Weiterbildungskursen konnte auch die Bedarfslage der NutzerInnen in die Konzeptentwicklung integriert werden. Eine Stadt-Land-Analyse und geschlechtsspezifische Auswertungen wurden für die Region erstellt.

Die Befragten äußerten mit 88 % Interesse an einer Weiterbildungsmaßnahme, obwohl $\frac{3}{4}$ von ihnen bereits an anderen Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen hatten. Das Interesse galt vor allem den Organisations- und Medien-Bereichen und in den einzelnen Themenbereichen besonders den Themen mit Grenzerfahrungen. Das bisherige Konzept berücksichtigt diese Präferenzen und wird auch die zusätzlichen Anregungen aus den offenen Fragestellungen in der konkreten Ausgestaltung der Kursmodule aufgreifen. Diese Modulentwicklung wird aber erst zu Beginn der Durchführungsphase des Modellprojektes realisiert. Die Ergebnisse der Befragung bestätigen die Konzeptidee und akzentuieren die bisherigen Planungen.

Ergebnisse der Befragung potentieller TeilnehmerInnen an KEBE-Kursen

Die Befragung von InteressentInnen im Vorfeld einer im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Lernende Regionen“ neu entwickelten Weiterbildungsmaßnahme für bürgerschaftliches Engagement wurde in der Planungsphase von RegioNet-OWL Anfang 2002 durchgeführt. Hierdurch sollte rechtzeitig die Einbeziehung von NutzerInnen-Interessen in die Entwicklung des Konzeptes erfolgen. In diesem Zusammenhang sollte auch geprüft werden, ob es spezifische Ausprägungen der Interessen im Vergleich von Frauen und Männern sowie im Vergleich einer städtischen Region (Stadt Bielefeld) mit einer ländlichen Region (Kreis Lippe) gibt. Um eine vergleichbare Adressatengruppe auszuwählen, sind in beiden Regionen exemplarisch Selbsthilfegruppen und gesundheitsbezogene Gruppen sowie Umweltgruppen angesprochen worden. Auch die Themen und Handlungsfelder sind exemplarisch ausgewählt, wobei besonders die neuen Formen des ehrenamtlichen Engagements berücksichtigt wurden.

Die Befragung ist nicht repräsentativ, vielmehr sollten im Rahmen von RegioNet OWL die spezifischen Weiterbildungsinteressen für bürgerschaftliches Engagement ermittelt werden, die nahe an dem potentiellen TeilnehmerInnen-Kreis erhoben werden können. Insgesamt wurden fast 400 Fragebögen verschickt, davon ca. 270 in Bielefeld und ca. 130 in Lippe. Bis Ende Februar 2002 sind 80 Fragebögen (= 20 %) zurückgeschickt worden. Die relativ geringe Zahl lässt nur eine begrenzte Aussagekraft zu mit Hinweisen auf Tendenzen und besondere Ausprägungen. Sie bietet jedoch eine ausreichende Basis für Anregungen und Wünsche der potentiellen TeilnehmerInnen und die Abfrage ihrer Erfahrungen und Bewertungen.

Nachfolgend werden die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst und bewertet:

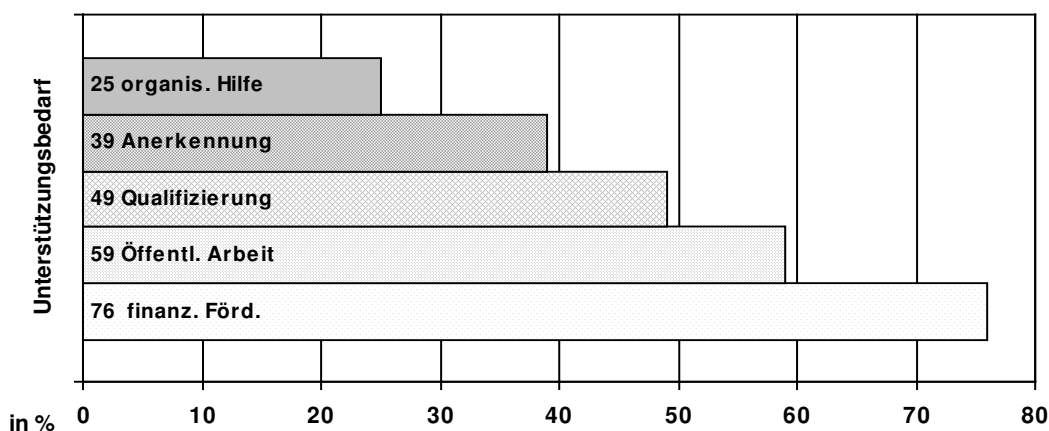
Die 80 Personen (Befragte), die geantwortet haben, wohnten zu 54 % in Bielefeld, 27 % im Kreis Lippe und 19 % in einem anderen Ort. Sie engagierten sich jedoch zu 61 % in Bielefeld, 23 % in Lippe und 16 % in einem anderen Ort. Die Übereinstimmung von Wohn- und Engagement-Ort war in Bielefeld besonders hoch.

Das Engagement verteilte sich entsprechend der Adressatenauswahl vorrangig auf folgende Bereiche: Selbsthilfe (81 %), Gesundheit (36 %), soziale Arbeit (19 %), Umwelt (14 %). Die Personen handelten in Selbsthilfegruppe (75 %), Verein (41 %), größere Organisation (19 %)

oder Initiative (9 %). Sie agierten dabei als Vorstand (63 %), als aktive MitarbeiterIn (59 %), als Mitglied (29 %) oder als InteressentIn (3 %). Hier wurde deutlich, dass die Fragebögen in den angesprochenen Gruppen vor allem von bereits aktiven Personen ausgefüllt wurden und „Neulinge“ als InteressentIn kaum Berücksichtigung fanden.

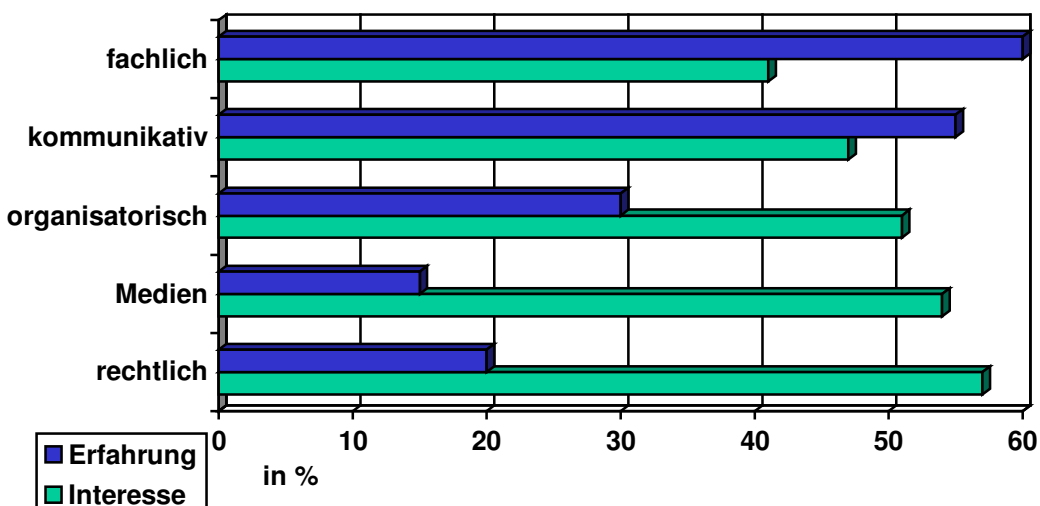
Als wichtigste Motive für das eigene Engagement wurden genannt: Gemeinsam etwas erreichen (79 %), Betroffenheit (68 %), Verantwortung (64 %), aufmerksam machen (58 %), sozialer Kontakt (39 %), etwas lernen (31 %), Anerkennung (21 %), sonstige Motive (16 %). Die Befragten sind mit ihrem Engagement weitgehend zufrieden, in Lippe mehr als anderswo. Die Gründe für die Zufriedenheit überwiegen deutlich die Gründe für Unzufriedenheit. Sie sind zusammen mit den Verbesserungswünschen und den Kompetenzbedarfen aufgelistet und werden bei der konkreten Konzeptgestaltung berücksichtigt. Als Unterstützung ihres Engagements wünschten sich 76 % finanzielle Förderung, 59 % Öffentlichkeitsarbeit, 49 % Qualifizierung/Weiterbildung, 39 % mehr Anerkennung und 25 % organisatorische Hilfe.

Abb. 1: Unterstützungsbedarf für Engagement (N=80)



75 % der Befragten hatten bereits Erfahrungen mit Weiterbildungsmaßnahmen gewonnen, jedoch vorwiegend im fachlichen und kommunikativen Bereich. Hiermit waren sie ähnlich zufrieden wie mit ihrem Engagement. Dennoch äußerten 88 % der Befragten ein Interesse an zusätzlicher Weiterbildung, wobei sich dieses konkret auf den rechtlichen Bereich (57 %), Medien-Bereich (54 %), organisatorischen Bereich (51 %), kommunikativen Bereich (47 %) und fachlichen Bereich (41 %) bezog.

Abb. 2: Weiterbildungs-Interessen und -Erfahrungen (N=80)



Die Zahlung von Kursgebühren wurde von 58 % der Befragten abgelehnt, 19 % würde sie selbst zahlen und 33 % würde sie von ihrer Organisation bezahlt bekommen. Auffällig ist, dass in Lippe die Ablehnung deutlich höher liegt und die Finanzierung durch andere deutlich geringer eingeschätzt wird.

Eine konkrete Bewertung von Weiterbildungsinhalten in den vorgesehenen Modulen haben 86 % der Befragten vorgenommen:

Im Modul „Soziale Kompetenz“ fällt als Spitzenreiter mit 68 % das Thema „Umgang mit Frustration und Grenzerfahrungen“ auf. Darüberhinaus findet das Thema „Einzelarbeit, Gruppenarbeit, Zusammenarbeit“ bei den Männern insgesamt viel Zuspruch und in Bielefeld mehr als in Lippe. Das Thema „Konfliktlösungsmodelle kennenlernen und erproben“ findet ebenfalls in Bielefeld mehr Anklang als in Lippe, vor allem jedoch bei den Frauen.

Im Modul „Organisatorische Kompetenz“ steht das Thema „Finanzierungsmöglichkeiten“ mit 65 % obenan. Bei den „Organisationsformen“ gibt es ein deutlich größeres Interesse bei den Männern, während beim Thema „Rechtliche Regelungen“ das weibliche Interesse überwiegt.

Im Modul „Medien-Kompetenz“ steht das Thema „Neue Medien nutzen lernen“ an erster Stelle mit 61 %. Während in Bielefeld und in anderen Orten diese Tendenz bestätigt wird, findet sich in Lippe mit 44 % ein deutlich geringeres Interesse an diesem Thema.

Im Modul „Inhaltliche Kompetenz“ ist das Thema „Wann sollte ich aussteigen“ mit 58 % am meisten genannt worden. Es ist offensichtlich ein wichtiges Thema bei der Grenzziehung der ehrenamtlichen oder bürgerschaftlichen Aktivitäten. Anzumerken ist auch eine parallele Aussage zu den Themen „Worum geht es in meinem Handlungsbereich“ und „Wann ist was zu tun“. Beide Themen sind nicht vorrangig ausgewählt worden, aber es gibt bei ihnen ein stärkeres Interesse seitens der Männer und eine geringe Nachfrage in Lippe.

Weitere Angaben zu den befragten Personen:

Die Befragten waren zu 60 % weiblich und 40 % männlich. Die Altersverteilung: 30-39 Jahre (19 %), 40-49 Jahre (30 %), 50-59 Jahre (22 %), 60-69 Jahre (21 %), 70-79 Jahre (4 %). In den Altersgruppen unter 50 Jahren sind die Frauen deutlich in der Mehrzahl. In den höheren Altersgruppen sind die Männer sowohl relativ als auch absolut häufiger vertreten als Frauen. Beruflicher Status der Befragten: Erwerbstätig (49 %), Rentner/-in (38 %), Hausfrau/-mann (8 %), Erwerbslos (4 %), in Ausbildung (1 %). Als Bildungsabschluss wurde genannt: Universität/FHS (36 %), Realschule (23 %), Hauptschule (21 %), Abitur (20 %).

Fazit

Das Projekt KEBE im Rahmen des Modellprojektes RegioNet-OWL ist gestartet. Es ist eine innovative, regionale, trägerübergreifende und qualitätsgesicherte Aktion zur Unterstützung der interessierten und engagierten Menschen in neuen Handlungsfeldern bürgerschaftlichen Engagements.

Wir laden alle interessierten Menschen und Gruppen in OWL ein, sich an der Entwicklung des Projektes zu beteiligen. Sie können zum KEBE-Projekt Kontakt aufnehmen über c/o GesundheitsAkademie e.V., August-Bebel-Str. 16, 33602 Bielefeld, Tel. 0521-133562, Fax 0521-176106, eMail info@kebe.net, Internet www.kebe.net